

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Breite Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Weniger“.

Die schmalste Korporelle oder deren Raum kostet 20,- Mk., einschließlich Anzeigenpreis. Kleinanzeigen: Das letzte Wort 3,- Mk., jedes weitere Wort 2,- Mk., einschließlich Anzeigenpreis.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Zur politischen Situation

Es gärt und brodelt im politischen Herdenschmelz. Die Provokationen der Militaristen und Monarchisten haben die Anhänger der Republik endlich aufgeschreckt zur Gegenwehr. Im Reichstag und in den Landtagen kommt es zu explosiven Ausbrüchen des lange zurückgehaltene Unmuts und Zorns über das freche und skrupellose Auftreten der deutschnationalen Verteidiger des Reichsmördergeistes.

Als nunmehr der Volksparteiler Cuno das Wort bekam, und sich fürzeigte in provokierenden Redewendungen gegen die sozialistischen Parteien erging, demütigte sich der Vint des Hauses eine immer steigende Erregung. Ihren Höhepunkt erreichte die gereizte Stimmung aber bei der Rede des deutschnationalen Abgeordneten Hensel-Königsberg, der enie Provokation auf die andere häuft.

Im Landtage.

Auch im Landtage kam es aus Anlaß der Beratung der Gesetzentwürfe zum Schutze der Republik zu wüsten Auftritten und im weiteren Verlauf derselben zu Tätlichkeiten. Hervorgehoben wurden diese Szenen, wie ausdrücklich festgestellt sei, durch die Provokationen der Deutschnationalen.

Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir die Kadaverversorgung in den Parlamenten ablehnen. So bedauerlich die Vorkommnisse in der gestrigen Landtagsitzung sind, sie sind auf das Schuldkonto der deutschnationalen Provokationen zu buchen.

Hatte der deutschnationale Abg. Weikert mit seinen gegenläufigen Standpunkt zu den Gesetzentwürfen noch verhältnismäßig sachlich begründet, so waren die Deutschnationalen taktlos genug, zum Schluß der Debatte einen ihrer wüstensten Propagandisten, den Abg. Dr. Deering vorzuschicken, der es fertig brachte, zur Rechtferichtigung der deutschnationalen Politik ausgerechnet den ermordeten Rathenau zu zitieren.

Man muß beobachtet haben, wie dieser Mann die Ausführungen des Innenministers Seegering mit höhnischem Lächeln und Kopfnicken begleitete, um die sich nun abspielenden Szenen richtig würdigen zu können. Die Linke verhinderte diesen Propagandisten am Sprechen, dichtete Knäuel ballten sich um die Rednertribüne zusammen und endlich slog über das Stenographenpult hinweg dem Redner ein Altentüchel an den Kopf.

Bedauerlich ist, daß durch diese Vorgänge die so notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen zum Schutze der Republik verzögert wurden. Das war vielleicht auch der einzige Zweck der Uebung. Die Tumultszugaben fallen einzig allein den Provokationen der Rechten zur Last.

Entfernung monarchistischer Symbole in München.

München, 6. Juli.

Der Hauptausschuß des Münchener Stadtrates nahm nach lebhafter Aussprache mit den Stimmen der Mehrheitssozialisten einen Antrag der USP. an, monach an alle Amtsverhältnisse die Weisung ergehen soll, alle monarchistischen Symbole, Bilder usw. aus den öffentlichen amtlichen Lokalen und den Schulen zu entfernen.

Der 9. November Nationalfeiertag.

Von unserer Partei ist im Rechtsausschuß des Reichstags folgender Antrag gestellt worden:

Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag alsbald den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, nach welchem der 9. November zum Nationalfeiertag des deutschen Volkes erklärt wird.

„Landesverräter.“

Der Patriotismus der Industrie. Tony Sender, Frankfurt a. M.

Alle paar Wochen ist im Reichstag eine Interpellation der Stinnespartei — der Deutschen Volkspartei — fällig, die sich beschäftigt mit den Zuständen im Rheinland, den Französisierungsbestrebungen, den Leiden der Bevölkerung, den Gerüchten über eine angeblich beabsichtigte Autonomieerklärung unter französischem Protektorat, und dann wird die Anfrage an die Regierung geknüpft, was sie gegen solche Zustände und Absichten zu tun gedenke.

Run steht ja dieser periodisch wiederkehrende nationalistische Kummel der Partei der Schwerindustrie, brav sekundiert von allen Parteien mit Ausnahme derjenigen der äußersten Linken, schon in schroffstem Widerspruch mit des Herrn Hugo Stinnes eigenen Worten, die er in einem Vortrag vor Vertretern der westlichen Industrie vor einigen Wochen gebrauchte, als er sich gegen die sogenannte Atempauseleihe wandte und hinzufügte, daß er die Besetzung weiteren deutschen Gebiets nicht als eine große Gefahr werte.

Da ist es vor allen Dingen notwendig festzustellen, daß angesichts des niederen Standes der deutschen Mark und der infolge dessen winkenden schönen Valutagewinne der Verkauf von Grundstücken und Häusern im besetzten Gebiet an das valutarstarke Ausland immer größeren Umfang annimmt. So wird aus Ludwigshafen berichtet, daß eine wachsende Anzahl von Hausverkäufen an französische Banken und Geschäftsunternehmen getätigt wird.

Aber die internationale Verdrüderung des Kapitals ist auf den verschiedensten Gebieten eine noch viel immigrierende, tiefgreifendere. War es schon vor dem Kriege eine bekannte Tatsache, daß eine gewisse Interessengemeinschaft bestand zwischen der Firma Krupp und den russischen Putzloß-Werken, so stürzte sich sofort nach dem Kriege das deutsche Kapital wiederum mit wahren Feuersturm in die Arme des Kapitals der „Erbfeinde“, wie besonders die Vorgänge im besetzten Gebiet beweisen.

Die Finanzierung dieser Einfuhr hatte eine große Anzahl ausländischer Banken zur Errichtung von Filialen im besetzten Gebiet veranlaßt. Interessant ist darüber hinaus aber, was eine unverdächtige Quelle, die „Wirtschaftlichen Nachrichten“ aus dem Ruhrbezirk (Amtliches Organ der Handelskammern Bochum, Dortmund, Duisburg, Wesel u. Essen) über die Wirkfamkeit dieser Bankinstitute berichtet: „Die ausländischen Banken waren nämlich zum größten Teile der Zeitpunkt all der deutschen Kapitalisten, die unter dem Schutze der Besatzungsbehörden ihre Gelder außer Landes bringen wollten und denen die politische Ohnmacht des Deutschen Reiches hierbei zustatten kam.“

Deutschnationale Provokationen.

Im Reichstag.

Im Reichstag stand gestern das Barometer auf Sturm. Unser Genosse Roeser eröffnete die Verhandlungen über die Interpellationen gegen das deutschnationale Nordtreiben im Lande mit einer prächtigen Anklagerede. Ihm folgte mit einer gleichfalls sehr wirksamen Rede der bayerische Rechtssozialist Vogel. Er produzierte einen Gehirnerschütterer des bayerischen Innenministers Schweger, der die bayerischen Exekutivbehörden auffordert, etwaige Exekutionserfahrungen des Oberreichsanwalts erst nach von ihm eingeholter Erlaubnis zu befolgen.

Während in Deutschland in Kommissionen die „Sachverständigen“, die Wissenschaftler, die Nationalökonomien usw. in langen Sitzungen beraten, wo überhaupt noch Quellen zur Heranziehung für die Deckung des inneren und äußeren Staats aufzufinden sind, lassen unsere Patentpatronen mit Hilfe des Erblandes diese Quellen ins Ausland fließen, unter Ausnutzung — wie das kapitalistische obengenannte Organ ganz richtig bemerkt — der politischen Ohnmacht des Deutschen Reiches.

Wie planmäßig und entschlossen die Industriellen auf die Ausnutzung der Ohnmacht des Reiches hinarbeiten, beweisen die Ausführungen, die das geschäftsführende Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Gehelmar Bähler vor einer Industriellenversammlung in Essen vor einigen Wochen zur Reparationsfrage gemacht hat. Die Lösung der Reparationsfrage könne nur durch das internationale Kapital, durch die führenden Wirtschaftler der ganzen Welt, nicht aber allein durch die Finanzminister beteiligter und übermäßig verschuldeter Staaten geschehen. Im Zusammenhang hiermit erhob er die Forderung nach einer internationalen Wirtschaftskonferenz, welche rein von europäischer Kabinettpolitik sein müsse und lediglich auf die Bedürfnisse der Wirtschaft eingestellt sein dürfe.

Das sind Äußerungen von Männern derselben Kreise, die in der wilhelminischen Zeit nicht genug zur Stärkung der „Staatsautorität“ beitragen konnten, nun aber dem republikanischen Staat auch die Erfüllung selbstverständlicher Staatspflichten aus der Hand reißen möchten.

Wie wenig diese Absichten von „vaterländischem“ Geiste diktiert sind, wie vielmehr diese Leute nur deshalb unter sich gelassen sein und der lästigen Kontrolle des republikanischen Staates ledig sein wollen, das zeigt ein Blick auf die tiefgreifenden Veränderungen der Kapitalzusammensetzung deutscher Unternehmungen.

Es seien zunächst hierfür einige Belege aus der Schwerindustrie angeführt.

Das Steinkohlenbergwerk Carl Alexander bei Aachen ging nach Beendigung des Krieges mit der Hälfte der Anteile an die Société des Acieries de Longwy über. Die zweite Hälfte gehört dem Röchling-Konzern.

Die Steinkohlenbergwerksgesellschaft Hermann I bis III G. m. b. H. ging im Juli 1920 mit Kreuzmehrheit auf die französische Gesellschaft Acieries et Forges de Firminy in Paris über. Bemerkenswert in dem hierüber geschlossenen Vertrag sind die beiden folgenden Klauseln:

1. Es solle für den Fall, daß ein Teil unserer Produktion von der regierungsfreien Verteilung nicht gefaßt wird, diejenige Kohlenmenge, die über die Hälfte unserer Gesamtförderung hinausgeht, für den Verkauf in Deutschland zum deutschen Marktpreis reserviert bleiben.

2. Daß, sofern aus der für den Verkauf in Deutschland bestimmten Hälfte der Produktion Koks für den Export verfügbar ist, die französische Gewerkschaft diesem Koks zu den gleichen Preisbedingungen wie dem sonst von ihr bezogenen ausländischen Koks zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse an nichtfranzösischem Koks den Vorrang zu geben hat.

In Gemäßheit dieses Vertrages hatte dem auch die Gewerkschaft in der Mitgliederversammlung des Kohlenindustrials den Antrag gestellt, die von ihr geforderten Kohlen in einem solchen Umfang für den Selbstverbrauch freizugeben, daß sie in der Lage sei, diese Vertragsbestimmungen auszuführen zu können. Das heißt nichts anderes, als daß der wichtigste deutsche Rohstoff zum erheblichen Teil der deutschen Wirtschaft entzogen und dem Ausland zur Verfügung gestellt wird. Wenn auch zunächst die Mitgliederversammlung des Kohlenindustrials den Antrag abgelehnt hat, der Vertrag als solcher mit obigen Bestimmungen ist rechtskräftig geschlossen, und bei der französischen Drohpolitik, die ja gerade von den deutschen Schwerindustriellen Kreisen und ihren politischen Handlangern am meisten gefördert wird, besteht die sehr ernste Gefahr, daß die französische Regierung in Wahrnehmung der Interessen ihrer Staatsbürger die Nichterfüllung des geschlossenen Vertrages als willkommenen Vorwand zu Repressalien nimmt. Repressalien, die natürlich den Interessen der Gewerkschaft und ihrer Auenbesitzer keineswegs zuwiderläuft, um so mehr aber neuen Druck der deutschen arbeitenden Bevölkerung und Schädigung der deutschen Volkswirtschaft bedeutet. — Hier aber haben wir ein Musterbeispiel einer direkten Schädigung der deutschen Wirtschaft durch die Beherrscher der Industrie.

Weitere Preßstimmen zum Beschluß der Reichskonferenz.

„Volkszeitung für Südböhmen“, Pilsen:
Die Größe der Gefahr, die Konzentration des Angriffs auf die politische Freiheit durch eine feste Einheitsfront der Arbeiterschaft als je zuvor. Deshalb war nach den früheren Demonstrationen, selbst nach dem Erzberger-Mord, alles beim alten geblieben? Weil die Einheitsfront der Arbeiterschaft nicht fest genug gefügt war!

Das ist diesmal anders. Die Reichskonferenz unserer Partei hat nach gründlichen, sachlichen Beratungen den Beschluß gefaßt, zum Schutze der Republik alles zu tun, was die Stunde gebietet. Und die Stunde gebietet, daß die Arbeiterschaft sich jeder erreichbaren Position bemächtigt, in der sie für die radikalste Durchführung der von den Organisationen aufgestellten Forderungen zum Schutze der Republik wirken kann. Die wesentliche Position ist in diesem Falle die Reichsregierung, und deshalb ist unsere Partei in dieser Situation bereit, in die Reichsregierung einzutreten, um in positivem Kampfe Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie die Reaktion niederzumerren. Wir wissen sehr wohl, daß die Republik nur eine Form ist, der erst ein den Forderungen und Programmen der sozialistischen Arbeiterschaft entsprechender Inhalt gegeben werden muß. Aber kommen wir mit dem Kampfe um einen sozialistischen Inhalt der republikanischen Staatsform vorwärts, wenn wir uns diese Form von mordsüchtigen Studenten verschlagen lassen? Nein! Deshalb ist die Arbeiterschaft einzig um die Erhaltung des Maßes politischer Beweglichkeit, das die Republik uns gegenüber der Monarchie unschönen Angedenkens bietet.

Diese Einigkeit der Arbeiterschaft stellt an die Arbeiterparteien Ansprüche: Es muß jetzt das Interesse der Partei hinter dem Interesse der gesamten Arbeiterklasse zurücktreten! Es handelt sich jetzt nicht um Rechthabererei, sondern um vorwärtsstürmenden Kampf. Wie im „Teil“ der alte Vereinigungen den drei Stämmen zurief, so ergeht jetzt der Ruf an die Arbeiterparteien: **Sich einig, einig, einig!**

„Freiheit“, Königsberg:

In dieser Situation, da die Existenz der Republik von den schwersten Gefahren bedroht, stellen jobstliche Proletarier die Frage, ob die U.S.P. bereit sein werde, sich zur Sicherung der republikanischen Staatsform an der Regierung, an der Regierung zu beteiligen. Die Reichskonferenz der U.S.P. hat sich am Sonntag mit dieser Frage beschäftigt und ist zu dem Entschluß gekommen, die gegenwärtige

Regierung im Kampfe gegen die Reaktion zu unterstützen und mit der Sozialdemokratischen Partei und den Organisationen der freigeistlichen Arbeiter über einen eventuellen Eintritt in die Regierung in Verhandlungen einzutreten.

Wir wollen im Augenblick diesen Entschluß nicht kritisieren, eines ist sicher, daß außergewöhnliche Situationen außergewöhnliche Mittel erheischen. Als ein außergewöhnliches Mittel ist der Entschluß der Reichskonferenz der U.S.P. anzusehen. Ob es Erfolg haben wird, muß die nächste Zeit erweisen.

„Republik“, Kiel:

Mit diesem Beschluß hat die U.S.P. einen neuen Weg eingeschlagen, einen Weg, der bisher von der großen Mehrheit der Partei abgelehnt worden ist. Seine Erklärung findet der Beschluß in der unabweisbaren Gefahr, in der die Republik zurzeit schwebt. Es wurde geltend gemacht, daß die Republik den besten Kampfboden für die Arbeiterklasse darstellt und daß deshalb alles getan werden müsse, die Republik zu sichern, durch die reaktionären Umtriebe sei der Bestand der Republik in höchster Gefahr; man habe es also mit einer ganz außergewöhnlichen Situation zu tun, die außergewöhnliche Maßnahmen verlange. Keine Koalition um jeden Preis, sondern Koalition zur Durchsetzung bestimmter Forderungen mit dem Ziele der dauernden Sicherung der Republik gegen die Mörderorganisationen von rechts. Das waren die Gesichtspunkte, von denen sich die Mehrheit der Konferenz leitete.

Man könnte sich mit dem Beschluß abfinden, wenn man die Gewissheit hätte, daß in dem Augenblick, wo von seiten der bürgerlichen Mitglieder der Regierung bzw. der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages die Arbeit der sozialistischen Minister sabotiert wird, der Kaiserstreik vollzogen würde. Wir befürchten aber, daß es ähnlich so geht, wie bisher bei der SPD., nämlich: daß man im gegebenen Augenblick nicht die nötige Energie zu diesem Schritt aufbringen wird. Und darin liegt die große Gefahr des Beschlusses für die U.S.P., wie auch für die gesamte Arbeiterklasse. Es wird Aufgabe der Mitglieder der U.S.P. sein, nach dieser Richtung die Augen offen zu halten und den Austritt aus der Regierung zu verlangen, wenn die Hoffnungen, die man auf die Mitarbeit setzt, sich nicht erfüllen. Bis jetzt haben wir von der Koalition nur Trübsal erlebt für die Arbeiterklasse. Es war den rechtssozialistischen Ministern in den meisten Fällen nicht möglich, auch nur die elementarsten Forderungen der Arbeiterklasse durchzusetzen. Ob das bei gemeinsamen Mitarbeit beider Parteien möglich sein wird, steht dahin.

Es wird ja auch immer von dem Grad der Aktivität des Proletariats außerhalb des Parlaments abhängen, inwieweit seinen Vertretern in der Regierung die Durchsetzung ihrer Forderungen gelingt. Deshalb heißt noch kein alles. Hat das Proletariat die Augen offen, ist es bereit, seine Forderungen eventuell auch im schärfsten Kampfe durchzusetzen, versteht es seine Minister mit einer festen Marschroute, dann kann aus der Koalition vielleicht doch noch etwas für die Arbeiterklasse ersprochen, aber auch nur dann. So, es liegt sogar die Möglichkeit vor, in absehbarer Zeit zu einem reinen Arbeiterkabinet zu kommen, bestehend aus Mitgliedern der drei sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften.

Die Funktionärerversammlung Groß-Leipzig

beschäftigte sich am Mittwoch abend mit der gegenwärtigen Lage, wie sie durch die Ermordung Rathenaus und die Beschlüsse der Reichskonferenz geschaffen worden ist. Folgende Entschlüsse wurden angenommen:

Die Funktionäre der U.S.P. Leipzig billigen die Beschlüsse der Reichskonferenz vom 2. Juli d. J. Sie erklären, daß unter den gegebenen Umständen durch den Eintritt in die Regierung der energische Versuch gemacht werden muß, den Bestand der Republik zu sichern. Da die Führer der SPD. immer wieder die gemeinsamen Beschlüsse sabotieren, da sie zudem wiederholt und auch bei der letzten gemeinsamen Kundgebung die Wort gebrochen haben, muß es die U.S.P. ablehnen, fernschin mit den jetzigen Führern der SPD. gemeinsame Aktionen zu veranstalten. Die Funktionäre erwarten aber auch von der SPD. und den Gewerkschaften, daß sie ihre ganze organisatorische Macht für die Erlangung der gemeinsamen Forderungen einsetzen. Stellt sich im Verlaufe dieses Kampfes heraus, daß die beiden sozialistischen Parteien von gleicher Auffassung getragen sind, dann steht einer organisatorischen Vereinigung derselben nichts im Wege.

Zum Mordanschlag auf Harden.

Die Täter deutschvölkische Offiziere.

Die Untersuchung des Anschlags auf Maximilian Harden steht weitere Kreise. Eine Durchsuchung der letzten Wohnung des verhafteten Reichardt und des noch flüchtigen Unterkmann in der Kaiser-Friedrich-Straße zu Charlottenburg förderte allerlei Belastungsmaterial zutage. Papierfetzen, die man u. a. im Kohlenkasten fand, wurden sorgfältig zusammengesetzt, und so erhielt man Zettel mit Adressen in der Stadt Dödenburg. Um jeder Verdunkelung vorzubeugen, war erforderlich, dort ohne Verzug einzugreifen. Weil eine zweitmögliche Jugoerbindung nicht mehr möglich war, so ließen die Beamten der Abteilung ja von Staaten alsbald mit einem Flugzeug auf, fuhren nach Bremen und von dort gleich mit einem Automobil nach Dödenburg. Hier wurden unverzüglich die notwendigen Durchsuchungen vorgenommen. Das Material, das man dabei fand, gab Veranlassung, sofort mehrere Personen festzunehmen, darunter einen Geschäftstreibenden. Es wird jetzt in Berlin gefastet und wird wahrscheinlich noch zu weiteren Verhaftungen und noch umfangreicheren neuen Nachforschungen führen. Jetzt schon ist die Verbindung Reichards und Unterkmanns mit deutschvölkischen Kreisen festgestellt. Hier liegt auch der Ursprung des Anschlags auf Harden. Von dieser Seite sind Reichardt und Unterkmann auch Mittel zur Ausföhrung des Planes zugelassen. Reichardt und Reichardt von Dödenburg nach Berlin gefahren und hat sich bald mit Unterkmann in Verbindung gesetzt. Ihre Geldmittel müssen sehr beschränkt gewesen sein. Reichardt war genötigt, einen Teil seiner Anzüge durch Unterkmann, der in diesen Dingen einige Übung besitzt, versehen zu lassen. Unterkmann ist überhaupt eine äble Erscheinung. Er hat nicht nur seine politische Betätigung benutzt, um sich Geld zu verschaffen, sondern auch Frauen ausgebeutet, auf die er durch sein kulturelles Eindruck zu machen verstand. Das besonders veranlaßte auch seine Frau, sich von ihm scheiden zu lassen. In der vergangenen Woche haben Reichardt und Unterkmann an drei verschiedenen Tagen die Wespfliegenheiden Harden ausgenutzt. Sie ermittelten auch, wann Harden sein Wissen grundstück durch die Hinterpforte des Gartens zu verlassen pflegte, um seinen Spaziergang nach dem Dachsberge anzutreten. So konnten sie sich die beste Zeit und den geeignetsten Ort für ihren Anschlag aussuchen. Während Reichardt gleich ergriffen wurde, gelang dem Haupttäter, den er gebetet hatte, die Flucht. Er versuchte dann zu einer Zeit, als wohl schon der Anschlag auf Harden, aber noch nicht seine Teilnahme dabei öffentlich bekannt war, Mittel zur Flucht aus Berlin zu erhalten.

Zu diesem Zwecke suchte er das Bureau der Deutschnationalen Partei auf.

Wir sind neugierig, ob die Deutschnationalen jetzt immer noch die freche Stirn haben werden, eine Begünstigung und Unterstützung der deutschvölkischen — also ihrer Parteimitglieder — abzuleugnen.

Gorki gegen die Moskauer Mordjustiz.

O. E., Berlin, 8. Juli 1922.

Maxim Gorki hat unter dem 3. Juli aus Deutschland, wo er sich gegenwärtig zur Kur aufhält, folgendes Schreiben an Anatole France gerichtet:

„Verehrter Anatole France! Das Gerücht über die Sozialrevolutionäre hat den ignominischen Charakter einer öffentlichen Vorbereitung zur Ermordung von Menschen angenommen, die der Sache der Befreiung des russischen Volkes aufrichtig gedient haben. Ich bitte Sie dringend: Wenden Sie sich noch einmal an die Sowjetregierung mit dem Hinweis auf die Unzulässigkeit dieses Verbrechens. Vielleicht wird Ihr gewichtiges Wort das kostbare Leben von Sozialisten retten. Ich überende Ihnen anbei einen Brief, den ich an ein Mitglied der Sowjetregierung gerichtet habe. Herzlichen Gruß. Maxim Gorki.“

Die Anlage enthält die Abschrift eines Briefes Gorkis vom 1. Juli 1922 an A. J. Rykow, der neben Jurupa den stellvertretenden Vorsitz im Moskauer Rate der Volkskommissare führt. Dieser Brief lautet:

„Alexei Iwanowitsch! Falls der Prozeß der Sozialrevolutionäre mit einer Ermordung abschließt, so wird dies ein Mord mit Vorbedacht, ein verabscheuungswürdiger Mord sein. Ich bitte Sie, diese meine Meinung A. Trotski u. a. mitzuteilen. Ich hoffe, Sie werden sich über meine Worte nicht wundern, da Sie ja wissen, daß ich während der ganzen Revolution unzählige Male der Sowjetregierung erklärt habe, daß ich die Ausrottung der Intellektuellen in unserem ungebildeten und kulturarmen Lande für ein Sinnlosigkeits und ein Verbrechen halte. Ich bin überzeugt, daß, wenn die Sozialrevolutionäre ermordet werden, diese Gräueltat eine moralische Blockade Rußlands von seiten des sozialistischen Europa hervorrufen wird. M. Gorki.“

Einheitsfront?

Bei den Berliner Kindern der Moskauer Schule scheint der fällige Apostelbrief von Karlchen Kadel immer noch nicht eingetroffen zu sein. Anders läßt sich ihr hysterisches und geradezu hilfloses Verhalten in den letzten Tagen nicht erklären. Was sich die Berliner „Brawda“ z. B. gestern an Beschimpfungen und Verhöhnungen der anderen Arbeiterparteien leistete, übersteigt doch alles, was wir von der „Roten Fahne“ bisher gewohnt waren. Neben dem Angriffen auf unsere Partei wegen ihres Verhaltens zur Geweiderumlage, und noch dümmere Vorwürfen gegen die SPD. — Buchdruckerführer schreibt das kommunistische Blatt — das natürlich wieder die Einheitsfront predigt — wörtlich folgendes:

„Was die Reaktion am Dienstag voriger Woche nicht wagte, heute wagt sie es schon wieder, weil die Arbeiterschaft zögert und weil die Führerschaft des A.D.B. und der beiden sozialistischen Parteien allein von einer parlamentarischen Aktion das Heil erwarten.“

Die gemeinsamen Forderungen der Arbeiterorganisationen, die gewaltige Demonstration, das Vorgehen der sozialistischen Regierungen in Sachsen und Thüringen — das alles ist für die Kommunisten nichts. Ihr Refrain lautet frei nach Bela Kun: Blut muß fließen...

Und um zu beweisen, daß nichts von den „Verrätern“ und „Reformisten“ geschieht, werden bereits wieder kommunistische Thesen propagiert, wo es im 4. Absatz („Beriesel Stadium“) heißt: Gesehertwurf des Reichsrates: Offenes Antikommunistengesetz! In dieser verlogenen Weise geht es in der ganzen gestrigen „Roten Fahne“ weiter, um dann festzustellen, daß die Kommunisten „die wahren Freunde der Einheitsfront sind“, während die anderen sie zerstören. Wie war es aber in Wirklichkeit? Die Kommunisten haben die Einheitsfront zerstört, indem sie sich weigerten, den gemeinsamen Aufruf vom letzten Dienstag zu unterschreiben, weil es darin hieß:

„Ihr Ziel kann nur sein, Mißtrauen gegen die Führer der Gewerkschaften und Parteien zu säen, Forderungen und Kampfmethoden zu propagieren, die außerhalb der von den unterzeichneten Organisationen gefaßten Beschlüsse liegen, um den alten Bruderstreit der Arbeiterparteien wieder ausleben zu lassen.“

Diese Sätze wollten die Kommunisten gestrichen haben. Und warum? Weil ihre beiden Flugblätter gegen die Arbeiterparteien bereits im Druck waren, jene Streifendruckblätter, die am Dienstag bei der Demonstration verteilt wurden und gegen alle Abmachungen verstießen. Damit haben sich die Kommunisten selber außerhalb der Einheitsfront gestellt und alles Geschimpfe und Gehehe kann diese offenkundige Tatsache nicht verbieten.

Wir müssen nach alledem heute leider der Heße der kommunistischen Führer gegenüber dieselbe Warnung an die Arbeiter herausgeben, wie am letzten Dienstag gegenüber den Deutschnationalen: **Laßt Euch nicht provozieren!**

Wirkungen der Schutzverordnung.

Der Organisator und Kommandeur der Schutzpolizei in Hannover, Oberstwachmeister v. Steuben, ist durch den Oberpräsidenten Koste seiner Stellung vorläufig entbunden worden, weil bei einem Gartenfest in der Schupoflaterne auf Veranlassung eines jungen Offiziers „Heil dir im Siegerkranz“ von der Kapelle gespielt wurde, ohne daß der ebenfalls anwesende Kommandeur dies verhinderte.

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat, wie die B.Z. erfahren, auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik die „Schlesische Volksstimme“, ein rechtsgerichtetes Wochenblatt, für die Dauer von vier Monaten wegen eines Artikels „Der Tag der Schmach und Schande“ in der letzten Nummer des Blattes verboten.

Andererseits erfahren die B.Z., daß das Verbot des „Demokratischen Tagesblattes“ nicht von den preussischen Zentralbehörden, sondern vom Oberpräsidenten der Provinz Pommern erlassen ist. Das Gerücht, daß die Beschlagnahme nicht anerkannt, sondern aufgehoben. Gegen diesen Gerichtsbescheid wurde Beschwerde erhoben auf Grund der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. Juni. Auch das preussische Ministerium des Innern steht, im Gegensatz zum pommerschen Bericht, auf dem Standpunkt, daß das Verbot gerechtfertigt ist und noch zu Recht besteht. Die von seiten des Blattes eingeleitete Beschwerde wurde dem Staatsgerichtshof übergeben, dem die letzte Entscheidung zusteht.

Falsche Gerüchte.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Infolge des Nichterscheinens der bürgerlichen Zeitungen sind in den letzten Tagen in Berlin eine Reihe wider Gerüchte verbreitet worden, die in den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung lebhaftes Vernehmen hervorgerufen haben. Am besonders wird verbreitet, daß bekannte Persönlichkeiten Mordanschlägen zum Opfer gefallen seien sollen.

In allen diesen Gerüchten ist kein wahres Wort. Die Bevölkerung wird gebeten, alle Verbreiter derartiger unwahrer Gerüchte auf das Schädliche ihres Tuns nachdrücklich hinzuweisen.

Beratung des Gesetzesentwurfes zum Schutze der Republik.

Der Rechtsausschuss des Reichstags beriet heute unter dem Vorsitz des Abgeordneten Spahn (Zentrum) die Regierungsvorlage über den Schutz der Republik und zugleich den von der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion bereits am 27. September 1921 eingebrachten Gesetzesentwurf zum Schutze der Republik. Bis dahin hatte der Rechtsausschuss keine Veranlassung gesehen, unseren Antrag zu beraten. Es bedurfte erst der Ermordung Rathenaus, um die Notwendigkeit eines Gesetzes zum Schutze der Republik auch den bürgerlich-demokratischen Parteien klarzumachen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abgeordneter Dühring (Dnat.), zunächst eine Generaldebatte zu eröffnen, da eine ausführliche Aussprache vor Beginn der Spezialberatungen nötig sei. Genosse Dr. Rosenfeld trat diesem Antrage entgegen und wies darauf hin, daß die eigentliche Generaldebatte schon im Plenum geführt worden sei und dem Ausschuss kostbare Zeit verlorengelassen würde, wenn erst noch eine große Debatte stattfinden. Der Antrag Dühring wurde abgelehnt. Darauf wurde in die Beratung des § 1 der Regierungsvorlage eingetreten.

Abg. Bell (Zentr.): Die Wortlaut der letzten Zeit erfordert ein besonderes Gesetz, um den Mordverbrechen ein Ende zu machen. Die Verordnung des Reichspräsidenten genügt nicht. Der Gesetzesentwurf muß noch erweitert und der jetzige Schutz über den Kreis der republikanischen Minister hinaus auch auf die Parlamentarier ausgedehnt werden. In den Fällen, in denen von einer Vereinigung bereits ein Verbrechen der Lösung zur Ausführung angeordnet ist, müssen die Personen, die einer solchen Vereinigung angehören, zum Tode verurteilt werden. Straflös müssen aber die bleiben, die rechtzeitig, bevor ein Verbrechen begangen worden ist, Anzeige erstatten.

Abg. Stresemann (D. Sp.): Das Gesetz gegen dessen Tendenz wir uns im allgemeinen nicht wenden, geht uns in manchen Einzelheiten zu weit. Wir werden den Versuch machen, einschränkende Bestimmungen in das Gesetz hineinzubringen. Die Rechtsanwaltschaft muß von der Pflicht zur Anzeige von Verbrechen befreit werden.

Ein Gesetz ist notwendig, da nach dem Fortfall der Verordnung des Reichspräsidenten dauernd Bestimmungen vorhanden sein müssen, um einer neuen Gefahr vorzubeugen. In dem Gesetz wird ausdrücklich die verfassungsmäßige republikanische Staatsform unter Schutz gestellt. Das Gesetz kann also gegen jeden angewendet werden, der gegen diese Staatsform mit Gewalt vorgeht. Ich habe mich nur schwer entschieden, die Todesstrafe in das Gesetz hineinzubringen. Solange aber das Strafgesetzbuch die Todesstrafe hat, muß sie auch in diesem Gesetz vorgehoben werden.

Abg. Dühring (Dnat.) wünscht verschiedene Einschränkungen des Gesetzes.

Genosse Ceal (USPD): Es ist wünschenswert, den Schutz des Gesetzes nicht auf die Mitglieder der Regierungen und Parlamente zu beschränken, sondern auch auf alle im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten auszudehnen. Auch gegen Führer der Gewerkschaften, auch gegen Journalisten könnten Mordtaten unternommen werden, um Vertreter der Republik zu beseitigen. Das Gesetz darf nicht abgeschwächt, sondern seine Bestimmungen müssen noch verstärkt werden, damit durch das Gesetz ein wirklicher Schutz der Republik ausgedehnt werden kann. Das Gesetz soll eine moralische Verfassung wieder herstellen, die auf der Rechten vielfach abhanden gekommen ist. Das Niederknallen von Menschen muß endlich aufhören. Weitere Befreiung von der Anzeigepflicht von Verbrechen gegen die Republik muß ich ablehnen. Davi begründet dann folgenden gemeinschaftlichen Antrag der sozialistischen Fraktionen zu dem § 1:

Mit dem Tode oder lebenslänglichem Zuchthaus werden bestraft:

- a) Personen, die an einer Vereinigung oder Verabredung teilnehmen, von der sie wissen oder den Umständen nach annehmen müssen, daß es zu ihren Zielen gehört, Mitglieder einer im Amt befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Bundes zu töten.
- b) Personen, die ohne an einer solchen Vereinigung oder Verabredung teilzunehmen, einer zu a) bezeichneten Person durch Rat oder Tat oder auf andere Weise, besonders durch Zusammenkünfte, wissenschaftliche Hilfe leisten.

Dritte Personen, die um eine solche Vereinigung oder Verabredung um die Tötungsabsicht eines einzelnen willen, werden mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen, mit Gefängnis nicht unter einem Jahre bestraft, wenn sie das Bestehen der Vereinigung oder Verabredung oder die Tötungsabsicht, die ihnen bekannten Täter oder deren Verbleib der Behörde und der durch das Verbrechen bedrohten Person nicht unverzüglich mitteilen.

Abg. Wissel (Soz.): Ich bin prinzipiell gegen die Todesstrafe, wünsche aber ihre Anwendung auf Grund des Gesetzes solange, wie sie auch in anderen Gesetzen noch besteht. Den Mordorganisationen muß ein für allemal ein Ende gemacht werden. Es genügt nicht, daß in einzelnen Fällen, die das Gesetz betreffen, auf Gefängnis bis zu 5 Millionen Mark erkannt werden kann, es muß in solchen Fällen auf diese Geldstrafe erkannt werden. Die Republik ist verloren, wenn sie nicht hart genug austritt.

Abg. Kahl (D. Sp.): Ich möchte dringend davor, ein Gesetz über die Verurteilung der Reichspräsidenten zu beraten. Die Verordnung des Reichspräsidenten genügt. Das Gesetz mag erwidert werden, wenn wir die Interaktion wieder aufnehmen. Das Gesetz muß so gemacht werden, daß es gleichmäßig gegen rechts und gegen links angewendet werden kann.

Abg. Koch (Dem.): Wir sind bereit, einigen Vorschlägen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen Rechnung zu tragen.

Genosse Rosenfeld (USPD) tritt den Ausführungen des Abg. Kahl entgegen. Unter keinen Umständen darf die Verabschiedung des Gesetzes bis zum Winter hinausgeschoben werden. Die Verordnung des Reichspräsidenten kann nur vorübergehend ausreichen. Der Wille des Volkes, der sich bei den Demonstrationen der letzten Tage klar gezeigt hat, verlangt, daß

Schnell ein wirksames Gesetz zum Schutze der Republik geschaffen wird. Von einer überleiteten Arbeit kann gar keine Rede sein. Die Unabhängige sozialdemokratische Fraktion hat schon nach dem Grabber-Wort einen Gesetzesentwurf zum Schutze der Republik eingereicht. Auch die Regierung hatte damals eine solche Vorlage angekündigt. Sie ist selber erst jetzt dem Hause vorgelegt worden. Unter keinen Umständen darf das Gesetz eine Formulierung finden, bei der auch nur die entfernteste Möglichkeit besteht, daß es gegen links angewendet wird.

Kein Gewaltakt von links ist geschehen, alle Gewaltakte der letzten Zeit sind auf das Konto der Rechten zu schreiben. Also darf auch kein Gesetz gegen links gemacht werden. Ich bin gegen die Todesstrafe und ich verlange ihre allgemeine Abschaffung in allen Gesetzen. Wenn sich hierfür aber eine Mehrheit nicht findet, dann ist es klar, daß Sie die Todesstrafe nur dann bekämpfen, wenn sie möglicherweise auch gegen rechts angewendet werden soll. In diesem Falle wäre es das Richtige, die Todesstrafe in dieses Gesetz aufzunehmen.

Abg. Warmuth (Dnat.): Auch wir lassen uns durch Demonstrationen der Straße nicht bestimmen. Dr. Rosenfeld hat in Moskau sich gegen die Klassenjustiz gewendet. Will er die Klassenjustiz heute durch das Gesetz zum Schutze der Republik erwünschten?

Abg. Hoffmann (Kaiserläufer) (SPD): Die Republik befindet sich in Notwehr, und in der Notwehr müssen wir aber ein Gesetz gegen die Rechten machen, von denen der Republik Gefahr droht, also gegen rechts. Jetzt besteht nicht die Gefahr einer Räterepublik, wohl

aber die Gefahr einer Wiedererrichtung der Monarchie. Deshalb darf sich das Gesetz nur gegen rechts richten.

Nach einer längeren Debatte wurde schließlich beschlossen, die Beratungen der zahlreichen von allen Fraktionen vorgelegten Anträge einem Untersuchungsausschuss zu überweisen, der in der heutigen Sitzung des Rechtsausschusses Bericht erstatten soll.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom Donnerstag, den 6. Juli 1922.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung 2 Uhr 15 Minuten. Beratung der Interpellationen der Unabhängigen und der Sozialdemokraten betreffend antirepublikanische Bestrebungen.

Abg. Wajes (USPD.)

begründet die Interpellationen der Unabhängigen: Den Begriff des politischen Mordes und des politischen Mordens darf man nicht allzu eng fassen. Als die Kreise, die mit der Tat auch nur geistig in Verbindung stehen, sind als mitschuldig zu bezeichnen. Sie müssen mit demselben Maß gemessen werden, wie die Mörder selbst. Vor einiger Zeit hat der „Vorwärts“ Gefändnisse von Runge, dem Mörder Liebnichts und Rosa Luxemburg veröffentlicht, u. a. einen Brief des deutschen Sekretärs Schiller. Dieser Brief des deutschen Sekretärs Schiller (schrieb an Runge, daß er hoffe, in Runges Angelegenheit günstigen Bescheid zu erhalten. Er hätte alles getan, was in seiner Macht gestanden hätte und hätte sich noch einmal mit einem sehr energiegelassen Brief an den Parteivorstand der deutschen nationalen Partei gewandt. Er rief Runge ferner, vor Beginn der Reichstagsberatung gelegentlich den Wehrminister Schuler-Bromberg und den Major von Hennig in seiner Angelegenheit im Reichstag aufzusuchen. „Die deutschnationale Partei müsse für ihn sorgen.“ (Lebhafte Entrüstung links.) Ist die Schuld der geistigen Anstifter der politischen Mord geringer, als die der Mörder selbst, die ihnen die Geldmittel, die Waffen, die unentbehrlichen Autos und ebenso unentbehrlichen Auswärtspässe zur Verfügung stellen? Ist deren Schuld geringer, die auszubilden, wenn

„wieder einmal ein republikanisches Schwein abgefeilt ist?“ Diejenigen dürfen sich am wenigsten beklagen, daß man sie als Mordtaten bezeichne, die jetzt den Mord an Rathenau öffentlich beklagen und ihren Abscheu vor dieser Tat zum Ausdruck bringen, die aber, wenn sie unter sich sind, aber wie Auguren lächeln. (Sehr wahr! links.) Mitgegangen, mitgefangen und mitgehängt! (Sehr wahr!) Der Mord an Rathenau hat ausgesagt, wie sehr die ganz jugendlichen einer gewissen Richtung teilhaben wollen an den „Taten“. Stresemann hat uns gestern vorgeworfen, daß wir kein psychologisches Verständnis hätten für die Existenz, die durch die Revolution aus ihrer Bahn geworfen sind. Wir haben viel psychologisches Verständnis, wir haben aber kein Verständnis für Mordtaten. (Sehr wahr! links.) Herr Stresemann hat sogar versucht, auch Heiliger gerecht zu werden. Ich sage Ihnen als Arzt: Ich habe nie einen Mann der Offenlichkeit gesehen, der so hemmungslos ist, hemmungslos bis an die Grenze des Pathologischen, wie der Abg. Heiliger! (Zustimmung links.) Hier ist schon vielfach darauf hingewiesen worden, wie die deutschnationale Presse gegen ihn politisch unlesbare Leute gerichtet hat. Ich möchte die Ausführungen meines Kollegen Rosenfeld über den Auftrag des Majors Hennig in der „Konservativen Monatschrift“ noch ergänzen. Hennig schrieb beim Abschluß des Rapallo-Vertrags: „Der Jude Rathenau hilft dem russischen Juden zur Erringung von gemeinschaftlichem Gut. Die deutsche Ware ist keine Schandware für internationale Juden.“

Herr Rathenau, Sie werden zur Redenschiff gezogen werden.“ Wut Löffel so sage ich über eine derartige Verhöhnung. (Sehr wahr! links.) So schreiben die Leute, für die wir, wie Stresemann verlangt, psychologisches Verständnis haben sollen. Die Judenhege ist von rechts planmäßig inszeniert worden, um aus ihren Taten parteipolitische Geschäfte zu machen. Man hat sogar den Papst als Handlanger jüdischer Kreise hingestellt. (Heiterkeit.) Die Deutschnationalen haben das Recht auf Protest verwirkt. Ich unterschreibe alles, was der ehemalige Reichstagsabgeordnete Hermann Wendel geschrieben hat: „Wer Verbrechern und Mördern mit geistigen Waffen entgegentritt, ist ein Selbstmörder. Wir haben wohl die Menschlichkeit für uns, aber die anderen haben die Handgranaten. Sie schießen unsere besten Männer einen nach dem anderen über den Haufen.“ Es ist besser, daß die Republik verfassungswidrig lebt, als daß sie verfassungsmäßig untergeht. (Sehr wahr!) Wer gegen die Republik agitiert, für den darf kein Platz mehr sein am Tisch der Republik.

Wir haben schon lange vor der Ermordung Rathenaus gewarnt vor der erstarkenden und erschreckenden Reaktion. In Königsberg hält Hindenburg Heerschau ab, es kommt zum Zusammenstoß, es gibt Tote und Verwundete, Ludendorff hält Paraden ab, in Bayern feiert man den „König Rupprecht“, der Reichspräsident wird in München beschimpft. Die Reaktion glaubte, zur Offensive übergehen zu können. Wenn der Mord an Rathenau nicht gekommen wäre, wer weiß, wo wir dann jetzt schon wären! (Sehr wahr!) Wir wollen jetzt Taten sehen, der Worte sind genug gemeldet.

Zur selben Stunde, als Minister Rathenau ermordet wurde, hat „Brinz“ Citel Friedrich in der Friedenskirche in Potsdam auf einer Tagung des Johanniter-Ordens einige Leute zu Ordensrittern geschlagen. In einem Bericht, den Maximilian Harden, dem wir baldige Genehmigung von dem Altentat auf ihn wünschen, in der „Zukunft“ veröffentlicht hat, heißt es u. a. über diese Johanniterfeier: „Die Teilnehmer hinterlegten am Kircheneingang die herkömmliche Opfergabe.“ Hat Brinz Citel Friedrich dort vielleicht die herkömmliche Steuergabe hinterlegt, die abzugeben er verläumt hat?

Die Deutschnationalen versuchen jetzt, den Zweck der Regimentsfeiern so hinzustellen, als daß alle ehemaligen Kriegsteilnehmer den Wunsch hätten, wieder einmal zusammenzukommen, um über ihre Kriegsergebnisse zu sprechen. Ich habe aber als Arzt immer die Erfahrung gemacht, daß die Soldaten am liebsten überhaupt nicht mehr an all das grauenhafte Erleben im Kriege erinnert werden möchten. (Sehr wahr!) Die Offiziere haben bisher als Götter gefeiert und sich als Götter gefühlt. Jetzt sind sie auch gesellschaftlich entthront, das schmerzt sie am meisten. Jetzt, wo es heißt, Vaterlandsliebe zu betätigen, da verlangt ein Teil dieser Offiziere. Wir haben Verständnis für solche Offiziere, die sich frei und offen zur Monarchie bekennen, und schämen sie mehr als die, die sich am 9. November sofort auf den Boden der gegebenen Tathaten stellen, sich jetzt vom Gelde der Republik ernähren lassen, um ihr an den Krügen zu gehen. Die Deutsche Volkspartei hat bei der geistigen Hege Schuler an Schuler mit der deutschnationalen Partei gekämpft, wenn auch ihre Presse nicht in so großer Weise die Regimentsfeiern, die Paraden und all diesen monarchistisch-militaristischen Alibim verherrlicht hat. Das Proletariat, das heute auf dem Wege zur Einigung ist, wird sich als geschlossene Macht all dem entgegenstellen, was sich dem Aufstieg des Landes und des Proletariats entgegenstellt. Es will heraus aus der Blutarmosphäre.

Gelinst es uns nicht, diesem nationalistischen Treiben, diesen Mordgeheulen Einhalt zu gebieten, dann haben wir in Deutschland den offenen Bürgerkrieg. (Nach rechts): Dann aber heißt es Ihnen gegenüber: Auge um Auge und Zahn um Zahn! (Lebhafte Bravo! links.)

In der zwischendurch vorgenommenen Abstimmung wird der Gesetzesentwurf zur Ausführung des Artikels 13 der Reichsverfassung (Vollstreckung) gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen.

In der Fortführung der Besprechung der Interpellationen begründet Abg. Vogel (Soz.) die Interpellation der Sozialdemokraten. Redner bringt reichhaltiges Material vor über die Teilnahme und Veranstaltungen von antirepublikanischen Kundgebungen von Angehörigen der alten Armee und Beteiligung der Reichswehr an den sogenannten Regimentsfeiern. Die einzige Aufgabe eines Soldaten muß der Schutz der Regierung und des Staates, dem er dient, sein. Will und kann er das nicht, dann muß er eben gehen. Wir erwarten, daß das Reichswehrministerium der Reichswehrmannschaft

und den Offizieren die Teilnahme an Regimentsfeiern und ähnlichen Veranstaltungen verbietet. In der Reichswehr muß endlich die Farbe der Republik und damit ihr Geist und ihr Wesen zur Geltung kommen. Bayern hat jetzt einen Erlaß herausgegeben, wonach die bayerischen Polizeibehörden angewiesen werden, auf Anordnungen des Reichsanwalts vor Vollzug der Anordnung die fragliche Sache mit den Akten dem bayerischen Ministerium des Innern vorzulegen und dessen Prüfung abzuwarten. Diese Sabotage darf nicht geduldet werden.

Justizminister Radbruch teilt in Beantwortung einer unabhängigen Interpellation mit, daß, wo Verurteilungen von Personen wegen Handlungen zur Abwehr drohender Unternehmungen vorgenommen worden sind, keine Ursache zur Schadloshaltung dieser Personen vorliegt. Wo eine solche Verurteilung auf rechtsirrtümlicher Grundlage erfolgt sei, solle Schadloshaltung vorgenommen werden. Wenn eine solche Verordnung vom bayerischen Ministerium des Innern wirklich erlassen sein sollte, wie sie Herr Abg. Vogel vorgebracht hat, stände sie in krassem Gegensatz zur Rechtslage. Sie würde die Untersuchung aufs schwerste hemmen und sogar vereiteln. Ich werde darauf hinwirken, daß dieser Erlaß entweder zurückgezogen oder mit der Rechtslage ins Einklang gebracht wird.

Major v. Strelker als Vertreter des Reichswehrministeriums erklärt, daß er nicht befragt sei, Stellung zu dem von Abg. Vogel dargestellten Vorgängen zu nehmen, die sich wesentlich anders abgepielt hätten. (Unruhe links. — Zuruf Bedebour: Damit nehmen Sie ja schon Stellung!) Die Ostpreußenreise von Hindenburg war vom Reichswehrminister ausdrücklich genehmigt worden. Der Polizeipräsident von Königsberg glaubte, keinen Grund zur Beförderung über Zusammenstoß der Truppen mit den zu gleicher Zeit demonstrierenden Arbeitern zu haben. Es ist zu Zusammenstößen gekommen, obgleich von den Truppen alle Abmachungen innegehalten wurden. (Entrüstung links.) Das Reichswehrministerium bedauert das Verhalten der Regimentsfeiern, die ein Mittel sind, um über die Jertissenheit des Volkes hinwegzukommen und dadurch das disziplinierte Auftreten der Truppen bei solchen Gelegenheiten das Interesse und die Sympathie der Bevölkerung an der Reichswehr gewahrt werden. (Entrüstung links, stürmische Zurufe: Reichswehr kontra Regierung! Ordnungsrufe des Präsidenten.)

Reichsminister des Innern Köster beantwortet die Interpellation der Unabhängigen über das Fortbestehen von Selbstschutzzorganisationen: Der Verein oberösterreichischer Landwirte, der sich als direkte Fortsetzung der Organisation Rothbach herausstellte, ist aufgelöst worden.

Aufgelöst wurde auch das Freikorps Oberland. Dieses Freikorps hat sich als Bund Oberland wieder aufgelöst.

Zwischen der Münchener und Breslauer Verwaltung schwebten monatelang Verhandlungen, ob auch dieser Bund aufgelöst sei. Man hat sich über eine Auflösung nicht einigen können. (Hört, hört!) Nach der Verordnung des Reichspräsidenten sind um neue Mittel in die Hand gegeben, dieser Zentralfraktion, den Selbstschutzzorganisationen, zu Weib zu gehen. Gegen den Bund Stahlhelm war es im Rahmen des Rechts bis jetzt unmöglich, vorzugehen. Die reichspräsidentiale Verordnung wird auch da eine Handhabe bieten. In den Ländern, hauptsächlich in Sachsen, sind sehr viele Organisationen aufgelöst worden. Wenn Sie der Reichsregierung die Verantwortung für diese Organisationen aufbürden, dann müssen Sie sie aber auch auflösen mit legitimen Mitteln, daß sie wirklich eingreifen kann. Mein Amtsvorgänger hat ein Gesetz zur Durchführung der Reichswehrministerialpolizei dem Reichsrat vorgelegt. Ich habe diesen Gesetzesentwurf jetzt dem Reichsrat erneut vorgehen lassen, er wird in den nächsten Tagen auch den Reichstag beschicken. Bei der Auflösung der Selbstschutzzorganisationen spielt auch die wirtschaftliche Frage, wie man die Existenz dieser durch den Krieg hilflos gewordenen Elemente, die sich in diesen Organisationen befinden, sicherstellen kann, eine große Rolle.

Abg. Cuno (D. Sp.): Freut euch über die militärischen Veranstaltungen, müht nicht monarchistische Bestrebungen hinter den Regimentsfeiern! Das versteht das deutsche Volk nicht. (Heiterkeit links.) Löten Sie das vaterländische Empfinden, dann hat auch die Republik keine Seele mehr. Das Blut von Königsberg kommt auf das Konto antisozialistischer Heher. (Stürmische Entrüstung links.) Der Haß gegen Hindenburg ist nur daher entstanden, weil er eine geordnete Armee zurückführte, und man gehofft hatte, eine rote Armee würde nach Deutschland zurückkommen. (Stürmische Entrüstung links.)

Abg. Henkel (Dnat.): Der unparteiliche Präsident Löbe hat am vorigen Sonnabend, trotzdem auf den Tribünen andauernd und lebhaft gefächelt wurde, die Tribünen nicht räumen lassen, weil sich die Beifallsbezeugungen auf Reden bestimmter Richtung bezogen. Die Interpellationen bedeuten einen konzentrierten Angriff auf die Deutschnationale Partei. Der Redner versucht, die Enthüllungen des „Vorwärts“ über die Beteiligung der Deutschnationalen Partei an der Hilfe für den Mörder Runge zu widerlegen. Die wahren Jugendverderber sind die Theater mit ihren unsittlichen Aufführungen. Der politische Mord ist von sozialistischen Blättern verherrlicht worden. (Ungehöriger Tumult.) Der Reichsanwalt hat selbst den Bürgerkrieg an die Wand gemalt durch das Wort, daß er bei einem Kampf zwischen Proletariat und Bürgertum auf der Seite des Proletariats stehen würde. Es war ein Skandal, daß er dieses Wort jetzt wiederholt hat. (Ungehörige Entrüstung links.) Vielen Bürgerlichen ist, im Gegensatz zu der Aussage des Kanzlers, ein Haß gekrümmt worden, man hat sie sogar ermordet. Glauben Sie, daß das Bürgertum sich jetzt wehrlos abschlagen läßt? Wir werden uns wehren, der Versuch wird Ihnen sehr teuer zu stehen kommen. (Eich immer steigende Empörung links.) Glauben Sie uns einschütern zu können, dann sind Sie schief gewickelt. Die Orgel hat sich umgestellt, wir werden sie noch sehr notwendig brauchen. Alle Versuche, den im Kriege erworbenen unvergänglichen Ruhm des deutschen Heeres herabzusetzen, werden mißlingen. (Auf die Bank der Sozialisten gehend): Sie sind diesem tapferen Heer in den Rücken gefallen! (Ungehörige Empörung links. Zurufe: Unerschämter Kerl! Er hält eine neue Wortschatz! Wer soll der Nächste sein?! Raus mit ihm! — Der Vizepräsident Bell kann sich nicht Gehör und Ruhe verschaffen, er unterbricht die Sitzung.)

Präsident Löbe eröffnet um 6 Uhr 10 Min. eine neue Sitzung und erklärt, daß der deutschnationale Abg. Henkel ihm gegenüber ausgeplagt habe, er habe den Satz: „Sie sind dem Heer in den Rücken gefallen“ mit einem anderen Satz verknüpfen wollen, der in dem Tumult untergegangen ist. (Widerpruch links.) Als er dem Abg. Henkel das Wort zur Fortsetzung seiner Rede erteilen will, springen die sozialdemokratischen und unabhängigen Frauen auf die Rednertribüne. In dem jetzt einsetzenden Tumult kann der Abg. Henkel nicht sprechen. Als er von der Tribüne Notgedrungen heruntergehen muß, erteilt händelstreichend bei den Sozialisten. — Präsident Löbe vertagt hierauf die Sitzung auf Freitag 4 Uhr. Schluß 7 Uhr.

Spritwerke durch Feuer vernichtet.

Hamburg, 6. Juli. In den Norddeutschen Spritwerken brach gestern ein Brand aus. Verschiedene Spritbehälter explodierten. Unter den einströmenden Rauchwolken wurden verschiedene Feuerwehreinheiten begraben. Zwei Personen wurden getötet und acht verletzt. Ungeheure Spritmengen wurden vernichtet.

Kauerz nach Berlin transportiert. Der Praktikant Kauerz, der in Düsseldorf wenige Tage nach der Ermordung Rathenaus verhaftet worden war, wurde auf Veranlassung des Oberreichsanwalts beim Staatsgerichtshof nach Berlin überführt. Kauerz ist der Begünstigung des Mordes verdächtig.

Der irische Bürgerkrieg. Die irischen Regierungstruppen haben gestern morgen einen allgemeinen Angriff auf die Stellungen der Republikaner unternommen. Sie haben die meisten Stellungen eingenommen und 55 Republikaner gefangen genommen. Seit letzter Mittwoch werden 56 Tote und 230 Verwundete auf beiden Seiten gezählt.



Zu jeder Zeit gut und billig

Salamander Griefel

Kleide Dich billig, elegant! im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jadrett-Anzüge, Covercoats, Gummimäntel, Cutaways, Schlüpfer... jetzt von 1000 M. an...

Theater, Lichtspiele usw. Volksbühne, Robert und Bertram, Staatstheater, Die beiden Nachtigallen, Deutsch. Theat., Kammerspiele, Gr. Schauspiel, Berliner Th., Roter - Bühnen

Bei Schwäche, Neurasthenie Dr. Hofbauers... Eine vollwertige Ergänzung des im Körper verbrauchten Nervstoffes...

Stenotypistin Konzerthureau Comeriner, Poissamerstr. 29

Tüchtige Verkäuferinnen für Kurzwaren, Möbelstoffe, Gardinen, Schreibwaren...

Verkäufer für Zigarren sofort gesucht Es wollen sich nur branchenkundige Herren melden...

ULAP

UNIVERSUM LANDES-AUSSTELLUNG-PARK AM LEHRTER BAHNHOF ALT-BERLIN ULA-PALAIS

KABARETT-BONNONNIERE: FREILUFT-TANZ-PARKETT: DANTES KULLENRÜHR: TANAGRA-VARIETE: MASSEN-LUFTSCHLACHT WOLKENSTURZBAHN

Teilzahlung! Garderobe für Damen, Herren u. Büroschen sehr preiswert...

Altmetalle Eisen, Kupfer, Zink, Blei usw. sowie Zeitungspapier und Flaschen...

Möbel gegen bar und auf Teilzahlung... Grebler Weisbergweg 4

Kleine Anzeigen

Verkäufe, Bettmöbel billig, Bettmöbel überbillig, Stimmorgel, Möbel-Erwerb, Kaufgesuche, Bettmöbel billig, Bettmöbel überbillig, Stimmorgel, Möbel-Erwerb, Kaufgesuche

Neues Operettenhaus Schöneberg, Hauptstraße 144 nahe Potsdamer Straße

Wo laß ich meinen Anzug machen? Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung? Max Klotz, Schneidermstr.

Billig und doch Qualitäten! Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Covercoats, Cutaways... im Leihhaus Brunnenstr. 5

Bayerische Ablenkungsmanöver.

Unser Münchener Mitarbeiter schreibt uns: „Die Berge verbergen“ heißt es im Strindberg'schen „Nach Damaskus“, wo sich sündige Menschen in die Berge flüchten, um ihre Verbrechen vor dem offenen Licht der Ebene zu verbergen. Ebenso scheint die bayerische Regierung des Grafen Lerchenfeld oder besser die, so nach dem Grafen Lerchenfeld benannt ist, zu denken. Dem Grafen Lerchenfeld, dessen Ahn einmal der Leinwandhändler Haimeran Lerchenfelder in Stroubing war — weswegen ihn ja auch die entarteten Nationalsozialisten als Judenler bezeichnen — haben die brutalen Bauernpolitiker und feudalen Konterrevolutionäre der Bayerischen Volkspartei wieder einmal die Pistole auf die Brust gesetzt, damit er die Verbrechen und Schandtatzen der bayerischen Reaktion klerikaler und nationalistischer Färbung in den Bergen des bayerischen Oberlandes verberge. Die Maschinenpistolen der durch ihre unzähligen Verbrechen aneinandergeketteten Mörderkamarilla sind auf ihn gerichtet und gehen in dem Augenblicke los, da er sich einzulassen sollte, in das Wespennest der bayerischen Mörderzentralen zu greifen. Einen Wink mit dem Hauptfahrl hat er bereits bekommen, als es am Tage seines Amisankrites in einer Nachricht des M.D. hieß, daß er auf dem Wege zum Landtage erschossen worden sei. Die Kehrseite mit der Ermordung Eisners fällt auf. Über Lerchenfeld ist kein Eisner, und deshalb wird er wie der reine Tor von den Verdienstern der Wittelsbacher Monarchie träumen, wie er das in so geschmackvoller Weise bei dem Besuche des Reichspräsidenten Ebert in München getan hat. Er wird verlangen, daß man das Aite schätze — bis zu seinem Ahn Haimeran Lerchenfelder aus Straubing wird er freilich nicht zurückgehen wollen —, und in der praktischen Wirkung wird er daher zu einer Verteidigung der deflozierten feudalen Konterrevolution kommen, die er in die Worte eines aufgelärten bayerischen Partikularismus kleidet, wenn er die Notwendigkeit einer Aufrechterhaltung der bayerischen Justiz- und Polizeihohheit betont. Immer sind die bayerische Justiz- und Polizeihohheit in Gefahr, wenn es sich darum handelt, daß Bayern die Werkzeuge der reaktionären Mordterroristen aufstößern soll, die jeden republikanischen Politiker als ein billiges Freiwild betrachten. Da hallt es im Chorus der bayerischen Rechtspreffe wider, daß die Besetzung der Demokratie in Gefahr seien, und daß deswegen die bayerische Regierung sich nicht dazu hergeben dürfe, die Reichsausnahmeverordnung und das Republikstufgesetz in Anwendung zu bringen. Man kann auch nicht von einer Regierung verlangen, daß sie sich an ihrem eigenen reaktionären Popel aufhängen soll! Denn hinter diesem Kampfe um die bayerische Selbstbestimmung gegen den Berliner Mordterror verbergen sich ganz andere Ziele als die in der bayerischen Regierungspresse vorgegebenen. Für die bayerischen Klerikalen war es unter dem Regime der Wittelsbacher auch zu schön und angenehm, sowohl im Parlamente wie in der monarchistischen Regierung eine unumschränkte Diktatur ausüben und — was des Pudels eigentlicher Kern ist — die volle Verfügung über den bayerischen Staatsfädel ausüben zu können.

Was das für die Interessen der katholischen Kirche bedeutete, kann man sich leicht ausmalen. Heute ist das ungleich schwerer. Im Parlamente hat man keine absolute Mehrheit. Man ist also auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen, die für die Unterstützung der katholischen Kirche nicht mehr so durch Dikt und Dünm gehen, wenigstens nicht ohne Kompensationen. Es fehlt auch der monarchistische Glanz und Weibrauch, mit dessen mystischer Wirkung auf die Kleinbürger, Bauern und Bürger man jeden Widerstand gegen die Ansprüche der Kirche leicht besiegen konnte. Dabei hat ja der bayerische Innenminister Dr. Schwaner in Berlin bei den Beratungen des Gesetzes zum Schutze der Republik insbesondere jene Bestimmungen abgelehnt, die sich gegen die Mitglieder der ehemaligen Herrscherfamilien richten. Darum hat der bayerische Bauerngeheimrat Dr. Helm, früherer demokratischer Hausknecht des bayerischen Zentrums, sofort im bayerischen Landtage einen Vorstoß gegen die undemokratische Politik der Berliner Regierung unternommen. Der Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei hat den Gesetzentwurf zum Schutze der Republik für unannehmbar erklärt. Man möchte gerne die Aufmerksamkeit der bayerischen Bevölkerung von der Ermordung Rathenaus und ihren Folgen ablenken und sie in einem Konflikt um die bayerische Selbstständigkeit erstickern. Und hinter dieser bayerischen Selbstständigkeit verdecken sich alle jene, die der Republik zum Vorwurfe machen, daß sie ihnen ein Privileg geraubt hat, die bayerischen Klerikalen, die nicht mehr die ausschließliche Verfügung über die bayerischen Moneten haben, die ländlichen und städtischen Bürger, die sich gern der Steuer entziehen wollen, und die Deflozierten der Konterrevolution, die ihre ehemaligen Stellungen im alten Regime verloren haben und dafür die Juden der Sozialdemokratie, der international orientierten Bourgeoisie und der katholischen Kirche verantwortlich machen. Die bayerischen Klerikalen gebrauchen ja auch die bayerischen Nationalisten nur als ein Heh- und Pressionsmittel gegenüber dem Reiche.

In offene Oppositionsstellung zur Berliner Regierung können nun die Inhaber der bayerischen Staatsgewalt nicht treten, weil sie damit keine Trümpe in der Hand hätten. Sie müssen daher den Weg der dilatorischen Verhandlungen und der passiven Sabotage beschreiten. Damit hoffen sie Zeit zu gewinnen, bis ihnen das Gesetz der menschlichen und daher auch republikanischen Tragheit wieder zustatten kommt. Sie spekulieren auf die anscheinend unüberwindliche Passivität des deutschen Spießbürgers, der dann wieder auch die Energien des deutschen Arbeiters zum Ermatten bringt, bis das Spiel infolge eines neuen Rordes der Terrorgruppen von neuem beginnt. Es ist also eine republikanische Zermürbungstaktik, die von den klügeren Teilen der bayerischen Reaktion in Anwendung gebracht wird. Diese Zermürbungstaktik der bayerischen Reaktion kann sich sogar den Luxus erlauben, durch drakonische gerichtliche Urteile die unbedingte Reichstreue Bayerns und seiner Regierungsparteien mit unwiderrleglicher Evidenz zu erweisen. Damit hofft man eine günstigere Verhandlungsbasis in Berlin zu erröhen, während gleichzeitig die bedrohten Verantwortlichen der Mordzentralen sich unter dem Schutze einer solchen Taktik in ihre Löcher zurückziehen. Eine echte Blüte raffinierter bayerischer Jesuitentaktik. Und wer ist das Opfer einer solchen Politik? Ein junger deflozierter bayerischer Wälgler, der wegen hochverräterischen Zusammenarbeitens mit dem französischen Gesandten Baron de Dard zum Zwecke der Zerstörung Bayerns vom Reiche zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde und zwar unter Umständen, die doch zu denken geben. Die Person dieses entgleisten Freiherrn Hubert von Leoprechting ist unbestätigt. Aber mindestens ebenso unbestätigt sind die Personen der Herren Heim und Kahr, die im Großen und Betrieben haben, was der Freiheit von Leoprechting, der zu seinem Verbängnis anscheinend nicht die nötigen Beziehungen zu dem Kreise Heim-Kahr hatte, im Kleinen praktizierte. Die Herren Heim und Kahr sind daher die geistigen Nährväter des verdorrenen Schädlers Leoprechting. Aber sie haben sich durch die drakonische Beurteilung des kleinen Hochverräters eine billige Absolution erteilt und damit dem Reiche gegenüber ein moralisches Kompensationsobjekt gewonnen, wie sie glauben. Aber es ist noch nicht aller Tage Abend, und gewisse Protokolle verschwinden nicht!

Die Herrschaften hatten es nach der Ermordung Rathenaus plötzlich sehr eilig mit der Verabschiedung des Prozesses. Ursprünglich waren drei Tage für die Verhandlung vorgesehen. Da „sich“ es dem Münchener Volksgericht am Abend des ersten Tages plötzlich ein, nach in der Nacht den Prozeß zum Abschluß zu bringen. Die Beweisanträge wurden kurzerhand „abgegergelt“, obwohl der Angeklagte die Ladung eines Zeugen beantragt hatte, der als Verbindungsman zum Kronprinzen Rapprecht diente. Angeklagter und Staatsanwalt beantragten den Ausschluß der Öffentlichkeit, was das Gericht mit der Begründung ablehnte, daß die Öffentlichkeit im Interesse der Staatsicherheit alles erfahren müßte. Sonst ist es geflehten Zinsgroßchen? Na—ein, vor Gott sind wir in den Steuern gleich.

Gegen Morgen endlich, als der Dämmererschein die Sterne am Himmel schon ausgelöscht hatte, schloß Ossip seine Betrachtungen.

„Hast du gesehen,“ sprach er zu mir, „wie auch ich zu dichten verstehe? Was hab' ich nicht alles zusammengeredet — lauter Zeug, das mir nie vorher in den Kopf gekommen. Aber glaubt mir nicht, Jungens — ich redete mehr, weil ich nicht schlafen konnte, als im Ernst. Man liegt da, liegt da und denkt sich zum Zeitvertreib irgend etwas aus. Als zum Beispiel: Es war mal eine Krähe, die flog vom Felde zum Berge, immer von Rain zu Rain, bis schließlich ihre Zeit kam und der Herr sie bestrafte: gestorben ist sie und verdorben... Und was für einen Sinn hat die Geschichte? Gar keinen Sinn... Na, nun wollen wir schlafen, bald heißt es wieder aufstehen...“

19.

Wie seinerzeit der Heizer Jakob, so wuchs jetzt Ossip in meinen Augen zu einer mächtigen Gestalt empor, hinter der alle andern Menschen für mich verschwanden. Er hatte in seinem Wesen etwas dem Helzer stark Verwandtes, zugleich jedoch erinnerte er mich an den Großvater, an den Vorleser Peter Wassiljewitsch, an den Koch Smurg, und indem er die Erinnerung an alle diese Leute, die sich meinem Gedächtnis fest eingepträgt hatten, wachrief, grub er selbst darin, wie ein Patinamuster in das Blockenerz, die tiefe Spur seines Wesens ein.

Es fiel mir auf, daß in seiner Seele zwei Gedankenreihen nebeneinander herliefen. Die eine offenbarte sich am Tage, bei der Arbeit, wenn er unter seinen Leuten war — seine Gedanken waren dann rascher und einfacher, praktischer und verständlicher als jene, die er zur Zeit der Ruhe äußerte, des Abends zum Beispiel, wenn er mit mir nach der Stadt ging, um seine Gevatterin, eine Brezelverkäuferin, zu besuchen, oder des Nachts, wenn ihn Schlaflosigkeit quälte. Er hatte seine ganz besonderen Nachtgedanken, die nach allen Seiten flackerten wie das Licht in einer Laterne, sie leuchteten wohl hell, doch wußte man nie recht, wohin sie zielten, und nach welcher Seite eigentlich Ossip selbst das hellste Licht fallen lassen wollte.

Er schien mir allen Leuten, die ich je kennengelernt hatte, an Verstand weit überlegen. Wie einst den Heizer Jakob, so umkreiste ich jetzt Ossip, um den Menschen in ihm, den Kern seines Wesens zu erfassen — er aber entschlopfte und entglitt mir immer wieder. Was war jener Kern? Was in ihm verborgene Glauben und Vertrauen?

„Such' selbst zu ergründen, worin mein Wesen steckt, immer such!“ hatte er einmal zu mir gesagt.

die Übung der Volksgerichte, bei Prozessen, die die Staatsicherheit betreffen, die Öffentlichkeit und die Presse auszuschließen. Waram auf einmal dieses Abweichen von der Gewohnheit? Fürwahr, höchst merkwürdig! Die Beurteilung erfolgte unter ausdrücklicher Angabe von nur vorläufigen Urteilsgründen! Welche Gründe hatten zu dieser Maßnahmengewehrjustiz geführt? Wir haben sie eben schon genannt. Vielleicht fürchtete man einige unleserliche Aussagen, die die Geheimnisse der bayerischen Separationspolitik noch mehr lästern sollten, als dies im einträgigen Galoppverfahren gegen Leoprechting geschehen ist? Waram fand am Abend des 3. Juli diese lange Pause von 7 Stunden statt? Ob man noch weiter tagen wollte, darüber konnte man sich doch in wenigen Minuten schlüssig werden!

Dient die Beurteilung Leoprechtings den Heim und Kahr dazu, ihre eigene separatistische Vergangenheit vergessen zu machen und der Reichsregierung gegenüber ein Ablenkungsmanöver zu inszenieren, so hat sie auch eine ausgesprochen chauvinistische Tendenz. Das Urteil spricht in seiner vorläufigen Begründung nämlich davon, daß der französische Gesandte in München, Baron de Dard, mit der französischen Regierung vereinbart habe, daß nach entsprechender Vorbereitung durch ihn die im Rheinland stehenden Generale mit ihren Truppen plötzlich überföhend die Mainlinie besetzen sollen zu dem Zwecke der dauernden Separation des deutschen Südens vom deutschen Norden. Diese schwerwiegende Belastung glaubt das Münchener Volksgericht auf Grund der Verhandlung gegen Leoprechting feststellen zu können. Nicht dergleichen ist im Prozeß festgestellt worden. Wie kommt das Münchener Gericht zu der Annahme, auf Grund der Aussagen des „Lügners“ Leoprechting, wie der vorsitzende Richter den Angeklagten selbst qualifiziert, festzustellen, daß eine Vereinbarung mit der französischen Regierung vorliege? Aus der Tatsache, daß Leoprechting dem französischen Gesandten Dard, der allerdings im Auftrage Paleologues handelte, einige Denkschriften übergab, kann doch nicht einfach abgeleitet werden, daß dies die Politik der französischen Regierung Briand war. Da bedarf es schon ganz anderer Beweiskräfte. Im Gegenteil hat der angeklagte Leoprechting im Prozeß sogar ausgefagt, daß die offizielle Politik der französischen Regierungen auf die Wahrung der deutschen Einheit hinauszielte, weil dadurch der französische Sparrer am ehesten zu seinem Gelde kommen könne.

Der Zweck der Übung des Münchener Volksgerichtes ist klar: Man will die Tatsache verhehlen, die am schwersten wiegt: Daß die Franzosen erst dann einen Gesandten nach München geschickt haben, als ihnen die Herren Heim und Kahr Hoffnungen gemacht hatten. Die Regierung Kahr kam durch den Kapp-Putsch am 13. März 1920 ans Ruder. Sie wurde durch die Wahlen vom 6. Juli 1920 bestätigt und bereits am 16. Juli 1920 kam Dard nach München. Die Separationspolitik der bayerischen Klerikalen unter Heim liegt aber schon viel weiter zurück. Mit der Entsendung des Dard nach München war noch keineswegs zum Ausdruck gebracht, daß die offizielle französische Politik auf die Zerstörung der Reichseinheit hinarbeitete. Es ist auch zu keinen praktischen Konsequenzen der Tätigkeit von Leoprechting gekommen, weil die Franzosen merkten, daß sie durch die bayerische Separationspolitik vom Regen in die Traufe gekommen wären. Die Pariser Regierung gab an Dard die ausdrückliche Weisung, daß die Berliner Regierung zu unterstützen und sich mit der bayerischen Extrawurst nicht länger zu befassen sei. Von diesem Augenblicke an wurden die Herren Heim, Kahr und Leoprechting wieder reichsreu. Herr Heim hatte lediglih die Franzosen gegen die Engländer und umgekehrt ausspielen wollen; und Leoprechting, was wollte der? Nichts anderes. Man kann es beinahe chronologisch feststellen. Der primäre Wille zur Separation war auf seiten der bayerischen Monarchisten da, und zwar in einem akuten Grade eben in der Zeit vom Sommer 1920 bis 1922, als die Regierung Kahr, das heißt die Regierung des Herrn Heim am Ruder war. Merkwürdig, höchst merkwürdig, daß der vorsitzende Oberlandesgerichtsrat Dr. Hah seine sonderbare Begründung des Urteils gegen Leoprechting auf die Aussagen des

Das Wort hatte an meiner Eigenliebe gerührt — doch mir war es um mehr zu tun als um die Eigenliebe, für mich war es eine unbedingte Lebensnotwendigkeit, den Alten zu begreifen.

Bei aller Unfassbarkeit war doch auch etwas Festes, Dauerndes in ihm. Es machte auf mich den Eindruck, als würde er, selbst wenn er noch hundert Jahre lebte, inmitten der erschreckend wankelmütigen Menschen stets sich selbst unverändert gleichbleiben.

Auch der Vorleser im Biderladen hatte einen solchen Eindruck der Festigkeit gemacht, aber dieser Eindruck hatte keine sympathische Empfindung in mir geweckt. Ossips Festigkeit war von anderer Art; ob sie mir sympathischer war, vermag ich nicht zu sagen.

Der Wankelmüt, die Unzuverlässigkeit der Menschen fiel mir gar zu grell in die Augen, ihre gaullerischen Sprünge aus einer Lage in die andere machten keinen Eindruck mehr auf mich und verlöschten allmählich mein Interesse für sie und meine Liebe zu ihnen.

Eines Tages, Anfang Juli, fuhr an der Stelle, an der wir gerade arbeiteten, eine wacklige Droschke in vollem Trabe vor. Auf dem Bock saß ein betrunkenen Kutscher mit langem Bart, ohne Mütze, seine Lippe war aufgeschlagen, und er schluckte mürrisch; in der Droschke saß breit hingestülmt Grigorij Shifilin, Arm in Arm mit einem dicken, rotwangigen Mädchen in einem Strohhut mit grellrotem Band und dunklen Glasklappen, einen Schirm in der Hand und Gummischuhe an den bloßen Füßen. Sie suchte mit dem Schirm, wiegte sich hin und her, lachte aus vollem Halse und schrie:

„Zum Teufel noch eins! Der Jahrmarkt ist noch gar nicht eröffnet, und ihr sagt, ihr wollt mit mir nach dem Jahrmarkt fahren! Nein, so was!“

Grigorij kroch aus der Droschke, ganz zerzaust und zerrnirlich, setzte sich auf die Erde und erklärte uns, die wir ihn umstanden:

„Hier knie ich, ich böser Sünder! Hab's überlegt und die Sünde begangen! Jesumilchka sagte: Grisha! sagte er, tu's nur!... Und er tat recht, es zu sagen, ihr aber — vergeblich mir! Ich will euch alle bewirten. Er sagte ganz richtig: Nur einmal lebt der Mensch... öfter als einmal geht's nicht, ganz unmöglich...“

Das Mädchen konnte sich nicht halten vor Lachen, kamyste mit den Füßen und verlor die Gummischuhe, der Kutscher aber rief knurrend:

„Nacht uns rasch weiterfahren! Schreit hier nicht herum, ihr macht das Pferd scheu!“

(Fortsetzung folgt.)

Unter fremden Menschen.

Von Maxim Gorki.

Englisch autorisiertes Uebersetzung von August Scholz. Amerikanisches Copyright: 1918 by Ullrich & Co., Berlin.

(102. Fortsetzung.)

„Lach dir mal sagen, zu welchem Zweck das Buch geschrieben ist,“ unterbrach Ossip die unzufriedenen Worte Tomas. „Das ist nämlich, siehst du, ein ganz schlaues Buch! Es zeigt, wie es dem Herrn ohne den Bauern und dem Bauern ohne den Herrn geht. Dem Herrn geht es schlecht, und dem Bauern geht's nicht gut. Der Herr ist schlapp und dumm geworden, und der Bauer ein Pralhans und Trunkenbold, dabei kränklich und empfindlich. So steht's heutzutage! Zur Zeit der Leibeigenschaft, wie noch die Herren regierten, war's besser; da steckte sich der Herr hinter den Bauern und der Bauer hinter den Herrn, und beide drehten sich satt und ruhig im Kreise... Ich kann's nicht befreiten: unter den Herren war das Leben ruhiger, es lag nicht im Vorteil der Herren, wenn der Bauer elend war; sie befanden sich wohl, wenn er reich und nicht ausgefärrt war, das war ihnen eben recht. Ich kenne das, habe fast vierzig Jahre in der Leibeigenschaft zugebracht, hab' so mancherlei am eignen Feil erfahren...“

Es fiel mir ein, daß auch Onkel Peter, der Kutscher, der sich den Hals abgeschmitten hatte, in dieser Art von den Herren zu sprechen pflegte, und es berührte mich peinlich, daß Ossips Gedankengang demjenigen dieses boshaften Alten glich.

„Die Bücher und sonstigen Erdichtungen muß man richtig verstehen,“ sprach er, in seiner Rede fortsahrend, zu mir, während er mein Bein mit seiner Hand berührte. „Niemand tut etwas ohne Absicht, es scheint immer nur so, daß es ohne Absicht geschieht. Auch die Bücher werden nicht ohne Absicht geschrieben, sondern um den Kopf zu verwirren. Alles wird mit Berechnung gemacht, ohne Berechnung kannst du keinen Beilich führen, keinen Baststuh flechten...“

Er redete eine ganze Weile, legte sich hin und sprang wieder auf, um in der nächsten Stille und Finsternis leise seine bärren Merkprüche vernahmen zu lassen:

„Es heißt, der Herr sei dem Bauern fremd. Das stimmt nun nicht! Sind beide beide Hofe wie Jocke, stammen aus einem Sacke; belehrt der Herr sich aus seinem Buch, so machen mich die Kopfnüsse klug; am Hintern nur kannst du uns unterscheiden; er hat den Maßern von uns beiden. Na—ein, ihr Jungens, jetzt muß die Welt auf neue Weise leben: weg mit den Büchern, die gehören in die Ecke! Jeder mag sich fragen: Wer bin ich? Ein Mensch. Und was ist der Herr? Auch ein Mensch. Verlangt etwa Gott von ihm mehr als den fest-

Zugeklagen, der doch ein Bürger sein soll, und auf die Dokumente führt, die man bei ihm gefunden hat. Das ist nicht nur merkwürdig, sondern auch verdächtig und läßt die Frage entstehen, ob der Prozess gegen Leopold nicht eine abgemachte Komödie ist, die rein politischen Überlegungen der Leute entspringt, die einen anderen epieren, damit sie sich vor der Öffentlichkeit als große Patrioten brüsten können. Eine solche Methode würde ganz in den Rahmen der gewohnten bayerischen Politik hineinpassen!

Aber die Republik darf sich nicht irreführen lassen. Sie muß die Reaktion in Bayern schlagen, indem sie sie zunächst in Norddeutschland mit konzentrierter Kraft aufs Haupt schlägt. Mit Bayern muß sie auf stoßgeschicklichen Wege verfahren, indem sie von Fall zu Fall die Auslieferung der Personen verlangt, die an der ganzen Terrororganisation beteiligt sind. Die Republik darf der bayerischen Reaktion augenblicklich nicht erlauben einen Konflikt wegen der bayerischen Selbstständigkeit zu provozieren. Die Lösung muß sein: Ein Schlag gegen die Reaktion im Norden sind drei Schläge für die in Bayern. So wird die bayerische Würdengruppe isoliert.

Preussischer Landtag.

Sitzung vom Donnerstag, 6. Juli 1922.

Auf der Tagesordnung steht die erste und zweite Beratung der vom Verfassungsausschuss vorgeschlagenen Gesetzesentwürfe über die Amnestie, Änderung des Gesetzes betr. die Dienstvergehen der nichtleitenden Beamten usw. und Änderung des Gesetzes betr. die Dienstvergehen der Richter und die unzulässige Vernehmung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand. Zugleich erfolgt damit die Beratung der u. a. auch von der U.S.P.-Fraktion gestellten Vorlage betreffend den Schutz der Republik.

Ueber die vorausgehenden Verhandlungen im Verfassungsausschuss wird bei gutbelegtem Hause eingehend Bericht erstattet vom Abg. Hellmann (Soz.).

Nach Eröffnung der allgemeinen Aussprache nimmt als erster Redner das Wort Abg. Orjelmil (Soz.): Wenn jetzt nicht gründlich aufgeräumt wird, ist die deutsche Republik dahin. Wir dürfen uns nicht durch geheime und verbrecherische Mörderorganisationen in den Rücken fallen lassen. Wir sind bisher zu duldsam gewesen. Der Versuch, die Monarchie in Deutschland wieder aufzurichten, kann nur ein gescheitertes sein. Die Folge wird der Bürgerkrieg sein, denn die deutsche Arbeiterschaft wird jeden Versuch im Keime ersticken.

Abg. Weßermel (Dnat.): Wir sind aus materiellen und formalen Gründen gegen die Änderung der Disziplinarorgane und sind auch gegen die Amnestie. Auch wir wollen den Schutz des Staates. (Zuruf: Was meinen Sie damit?) Der Kapp-Putsch war gar nicht so schlimm. Redner wehrt unter wachsender Unruhe gegen die Demonstrationen der Arbeiterschaft. — Jetzt wollen Sie Ausnahmemaße schaffen.

Abg. Dr. Leibig (D. Vp.): Der politische Mord schädigt das gesamte deutsche Volk. Wir verlangen, daß nun endlich Schluß mit den Amnestien gemacht wird. Sobald für diesen außerordentlichen Fall werden wir noch einmal für das vorliegende Gesetz stimmen.

Abg. Preuß (Dem.): Neben den Treiberen von rechts und links ist es die Politik der Entente, die der deutschen Demokratie die größten Schicksalsschläge bereitet. Es handelt sich jetzt um den Schutz der bestehenden Staatsform, deshalb lehnen wir die Entschuldigungen, die den Schatz der republikanischen Staatsform überhaupt verlangen, ab. Die bei den Demonstrationen vorerwähnten Ausschreitungen fördern nur die Reaktion. Der Amnestierung der in Verbindung mit dem Eisenbahnerstreik verübten Straftaten stimmen wir nicht zu.

Abg. Neumann (Fr.) erklärt, daß sie für eine Anzahl vorliegenden Änderungsanträge nicht stimmen werden, da ihnen einzelne Bestimmungen der Gesetze zu weit gingen.

Abg. Seid (U.S.P.):

Die Darstellungen meines Vorgesetzten und des Abg. Leibig müssen den Eindruck verstärken, daß seit der Beratung der Materie in der ersten Sitzung im Ausschuss von Tag zu Tag die meisten oder fast alle Beschlüsse abgelehnt werden. (Sehr richtig! bei der U.S.P.) Wohl es einige Tage in diesem Tempo weiter, dann kann von wirklichen Reformen nicht mehr die Rede sein. Die Veränderungen, die der Verfassungsausschuss vorschlägt, beziehen sich auf Gesetze aus den Jahren 1851 und 1852, also aus der Zeit der preussischen Reaktion. Das Kennzeichen das bestehende Beamtenrecht. Vier Jahre nach der Revolution ist noch nicht einmal eine durchgreifende Reform dieser alten reaktionären Beamtenorgane durchgeführt worden. Es bedürfte erst des Wortes an Rathenau, um einen kleinen Anfang zu machen. (Sehr wahr! bei der U.S.P.)

Der alte reaktionäre Geist der preussischen Bureaucratie beherrscht bis zum heutigen Tag die Beamten.

Sie haben deshalb auch das Bestreben, die republikanische Staatsform zu sabotieren. Wenn das Gesetz heute beschaffen und damit bestimmt wird, daß leitende Stellen mit Beamten besetzt werden sollen, die überzeugte Anhänger der Republik sind, dann ist es ein Schritt, wenn ein deutschnationaler als Personalreferent im Justizministerium emittiert.

Reine Partei ist der Auffassung, daß das vorliegende Amnestiegesetz völlig unangenehm ist. Auch wir sind nicht für die Amnestie für gemeine Verbrecher, aber die Justiz hat die an politischen Kämpfen Beteiligten wegen angeblich benannter gemeiner Verbrechen verurteilt. Welche Kreise der Arbeiterschaft werden von dem Gesetz am schwersten entlastet werden. Den Eisenbahnern muß unter allen Umständen volle Amnestie gewährt werden. Es wird wohl erst richtig durchgegriffen werden, wenn die Arbeiterschaft mit aller Energie Feuer dahinter macht. Auch die vorliegenden Beamtenorgane sind durchaus unangenehm. Entschieden ist, wer diese Gesetze durchzuführen hat. Die Arbeiter sind nicht im Zweifel darüber, daß nicht Gesetze, sondern in erster Linie Machttaten entscheidend sind. (Beifall bei der U.S.P.)

Abg. Dahlem (Komm.): Herr Dr. Preuß hat offen zum Ausdruck gebracht, daß die vorliegenden Gesetze auch gegen links angewendet werden sollen. Die Rechten wollen, daß es diesmal nicht nur bei schönen Worten bleibt. Die Taktik der monarchistischen Richter geht dahin, alle politischen Vergehen der Arbeiter als gemeine Verbrechen zu kassieren.

Abg. Biesler (Welfe): Die Ausnahmemaßnahmen werden die bestehenden Gefahren nicht beseitigen. Wir wenden uns gegen alle Ausnahmemaßnahmen. Die Konservationen und die Nationalliberalen, als Vorhänger der deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, sind immer für Ausnahmemaße einsetzbar. Sie haben deshalb kein Recht, gegen die Gesetzentwürfe Stellung zu nehmen.

Abg. Hoeberg (Dnat.): Meine Partei ist unzufrieden an den politischen Worten. (Große Unruhe und lärmliche Zurufe links.) Die Ausführungen des Redners nehmen einen derartig provozierenden Charakter an, daß die steigende Erregung des Hauses ihn zwingt, abzubrechen.

Minister Senckelag: Es handelt sich nicht um einzelne junge Verführer, sondern um organisierte Mörderbanden, die durch grobe Geldmittel unterstützt werden. Wenn wir uns in den nächsten Tagen nicht zu einem energischen Vorgehen aufraffen, sehen wir den ersten Schritt entzogen. Die Gesetze müssen mit größter Beharrlichkeit durchgeführt werden. (Beifall links.)

Abg. Mener (Komm.): Wir haben schon vor langer Zeit den Minister auf die bestehenden Gefahren aufmerksam gemacht, sind aber nicht gehört worden.

Abg. Kuttner (Soz.): Die deutschnationalen sind durch die Vorgänge der letzten Zeit aufs schwerste kompromittiert. Die Würde der von der deutschnationalen Partei mit Bed. unterstützt werden.

Als dann der Abg. Hermann (Dnat.) das Wort ergreifen will, kommt es zu Täuschungen zwischen den Abgeordneten. Die Sitzung wird hierauf vertagt.

Rehrens im Stadtparlament.

Stadtverordnetenversammlung vom 6. Juli.

Die neue Vorlage des Magistrats betr. die nachträgliche Erhöhung der Gewerbesteuer, die wegen eines vom Magistrat begangenen Formfehlers von der Aufsichtsbehörde beanstandet worden war, erregte längere Erörterungen.

Stadtver. Höpke (W.) lehnte diese nachträgliche Gewerbesteuer ab. Den gleichen ablehnenden Standpunkt vertraten die Stadtver. Dr. Neumann (Sp.), Dr. Alexander (Komm.) und Koch (Dnat.). — Die Abstimmung wurde zurückgestellt.

Das Dreizehnte über das Stimmrecht der Beamten wurde dem Ausschuss für das Beamtenrecht überwiesen.

Die Vorlage betr. die Kreisfiskussteuer wurde nach kurzer Aussprache angenommen, ebenso die Änderung der Verpflegungssollsätze für die Hofkammer.

Zu der zur Kenntnisnahme vom Magistrat gemachten Vorlage über den Streik der städtischen Arbeiter im Februar 1922 erklärte Stadtver. Conrad (Dnat.), daß er den Bericht recht unvollkommen fände. Es werde über die Urheber des Streiks, und das seien die Betriebsräte gewesen, keine Angaben gemacht. Es erregte sich ein Versehen des Magistrats in der Verfolgung der Urheber der Schäden, obwohl nach dieser Richtung Namen bekanntgegeben seien. Dasselbe gelte von der Verfolgung der Sabotageakte, durch die ein Schaden von 3 1/2 Mill. M. entstanden sei. Stadtkämmerer Karling ist verwundert, daß der Redner nun 3 1/2 Mill. M. Sabotagegeschäden redieren habe. — In der Vorlage fehle davon nichts, es werde vielmehr ausdrücklich betont, daß Sabotage nicht gemeldet worden seien. (Hört, hört!)

Stadtver. Müntzer (Soz.) erklärte sich mit dem Magistratsbericht und mit den vom Magistrat vorgeschlagenen Maßnahmen einverstanden.

Genosse Amberg stellte fest, daß die Vorlage des Magistrats übertriebene Schäden enthalte, dann nur durch das Einsetzen der „Technischen Rettung“ von Schäden bei der Straßenbahn in Höhe von 620 000 M. sei den Angehörigen der Straßenbahn nichts bekannt. Die Schuld an den entstandenen Schäden tragen die Haltung des Magistrats und Haltung der Bürgerlichen, die den gerechten Forderungen der städtischen Arbeiter kein Verständnis entgegengebracht hätten.

Nach weiterer kurzer Aussprache wurde die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Ueber die Beratungen des Ausschusses betr. Gewährung von Fahrpreisermäßigungen auf der Straßenbahn berichtete Stadtver. Kause (SPD.). Ueber die Vorlage berichten wir besonders.

Bei den danach stattfindenden Abstimmungen wurde die Vorlage betr. die Gewerbesteuer einstimmig abgelehnt.

Der Ausschussantrag in Sachen der Fahrpreisermäßigungen bei der Straßenbahn wurde angenommen.

Die dringliche Magistratsvorlage über die Verpachtung der städtischen Güter wird einem Ausschuss überwiesen, der während der Ferien tagen soll.

Eine lange Aussprache folgte auf den Bericht des Stadtver. Dr. Borchard (Soz.) über die Verhandlungen des Ausschusses, der sich mit der Frage der Schulverschärfung bzw. Erhöhung an den höheren Schulanstalten. Der Ausschuss, dem eine Fülle von Anträgen vorlag, war zu keinem Ergebnis gekommen. — Die städtischen Anträge, zu denen inzwischen noch neue gekommen waren, standen daher zur Aussprache.

Bei Schluß der Debatte waren die Bürgerlichen in die Minderheit geraten. Um zu verhindern, daß die Anträge der Linken zur Annahme gelangen, verließ die Bürgerliche vor der Abstimmung geschlossen den Saal und ließen die Verammlung durch die herbeigeführte Polizeikraft auflösen.

Mit diesem Verweis bürgerlicher „positiver“ Arbeit mußte die Verammlung auseinandergehen. Wir werden auf die in der Stadtverordnetenversammlung aufgestellte Arbeit nach eingehend zu sprechen kommen. Wie in dieser Sitzung, so auch in mancher anderen, hätte die für die Linke erfolglicher sein können, wenn die Linke lernen würde geschlossen aufzutreten und wenn sie immer so vollständig anwendend wäre wie die Rechte. Auch heute wurden wieder für uns wichtige Entscheidungen durch das Fehlen von 2-3 Stimmen herbeigeführt. Die laufenden Arbeiten beginnen wieder im September.

Schluß der Sitzung 8 1/2 Uhr.

Die Ermäßigungen auf der Straßenbahn.

Die bei der letzten Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise auf 4 M. vorgeschlagenen Ermäßigungen sind inzwischen bereits zum Teil in Kraft getreten. Die Verkehrsdeputation hat die Ermäßigungen für Vorklasse und Schüler nach dem 1. Juli erledigt. Der Bundesrat hat dem Reichsministerium für Verkehrswesen und Reichsbahnwesen alle Behälter, Berufs- und Fortbildungsfahrer unter 17 Jahren, die weniger als 6000 M. verdienen, gegen entsprechende Reglementierung durch die Schule bzw. ihren Vorgesetzten bei der Straßenbahnverwaltung einen Lichtbildausweis ausstellen lassen, dessen Gültigkeit zeitlich begrenzt wird. Gegen Verzeigung dieses Ausweises erhalten sie bei Fahrten auf der Straßenbahn Fahrpreise zu 2 M.

Erheblich größere Schwierigkeiten bereitet die Festlegung der Ermäßigungen für Kriegsschädigte. In einer ganzen Reihe deutscher Großstädte sind diese Ermäßigungen durchgeführt. Das Reichsministerium zahlt in vielen Fällen einen Teil des dadurch entstehenden Einnahmenschwands. Für Berlin ist das abgelehnt worden. Der Stadtverordneten-Ausschuss hat in zwei Sitzungen versucht, eine Lösung zu finden. Es ist schließlich eine genaue Ermittlung gefunden, die ungefähr den Wünschen unserer Fraktion entspricht. Danach soll die Ausstellung eines Lichtbildausweises nach Prüfung der Schädigte durch die Fürsorgestellen erfolgen. Die Einkommensgrenze ist auf 30 000 M. jährlich festgesetzt. Leider ist es uns nicht gelungen, im Plenum durchzusetzen, daß diese Ermäßigungen zu Lasten der Straßenbahn gehen, was die Durchführung beschleunigt hätte, die sonst einige Wochen in Anspruch nehmen wird. Wir erwarten, daß der Magistrat sich an die gegebenen Zusicherungen hält und trotz des Plenumbeschlusses, daß das Wahlfabrikant die Kosten zu zahlen hat, die Durchführung beschleunigt. Ein Antrag der Wirtschaftspartei, nach dem auch Zivilbeschädigte billigeres Fahrt haben sollen, wurde ebenfalls angenommen und wird voraussichtlich auch die Zustimmung des Magistrats finden.

Nach dem Ulei-See.

Die Bahnfahrt geht vom Görlitzer Bahnhof oder, wenn man sich vor überfülltem Zuge nicht fürchtet, mit Anschluss von Johannatal nach Königswusterhausen. Auch noch so ein Ueberblick ist dieser pomphaste Name aus der Uniglichen Sprache, die uns so herrlichen Glanzzeiten entgegengeführt hat. Weg doch so bald wie möglich mit allem solchem Plunder! Die deutsche Sprache ist ja reich genug, um die noch immer manzengleich durch die deutschen Lande schleichende böse Erinnerung an die Nachfahren der Kaiserlicher auszuräumen. Macht uns das Wusterhausener Vogelschloß einen großen Bogen! Die Reaktionen wußten schon, was sie taten, als sie ausgerechnet Frederickus Rex mit der Sapphironkraft des Films aus der Gruft hervorholten. Mit der durch die ganze Hohenzollerngeschichte gehenden Fällungskraft seiner Lokaisenselen ist auch die traurige Deipontenfigur des Friedrich Wilhelm Nummer Eins der devoten Bürgern in idealisierter Verzerrung vorgeführt worden. Was noch heute vor verzögerten Gemäuseln und Agymenopänen als Teatalkalium im Wusterhausener Schloß hingestellt wird, war weiter nichts als eine Hohenzollern-Dejüze, ein wüßtes Saufgelage, bei dem der verheimlichte gekrönte Kojling seine helle Freude hatte

an Kaufereien von beloffen gemachten Offizieren und Häftlingen. Die besser für Wohnzwecke zu beschlagnahmenden Schlossräume, in denen diese kulturlosen Princedhabereien eines Wüßensprohen sich abspielten, sollen uns nicht lehren. Frische Freiheitluft wollen wir atmen, nicht Moder.

Nachmittags-Ausflügler bleiben in dem ein Viertelstündchen vom Bahnhof entfernten reizvollen Neuse Mühle und machen einen lohnenden Abstecher nach dem dicht dabei an der Schleuse und am Krinid-See sich hinziehenden, halb verwilderten, halb gepflegten Tiergarten bis zu seinem Ende an der sogenannten Hufarende. Wer schon früh fährt, macht sich hinter Neuse Mühle gleich auf die Wälder, muß aber gut Bescheid wissen, wenn abseits der Seen der Waldweg gewählt wird. Sehr leicht gerät man sonst in Fieber und verliert die Orientierung. Ein wenig weiter, aber dieselbe interessant, ist der ziemlich an der Reinbahn Wusterhausen-Kümmersdorf entlang führende Chausseeweg bis Jernsdorf am buchtenreichen Krüppel (etwa 1 1/2 Stunden). Im rechten Winkel zweigen von dem städtischen Krüppel, der immer noch die erweiterte Dahnne darstellt, zwei schmale, langgestreckte Gewässer, der Pant-See und der Ulei-See ab, die wohl nur deshalb noch zu wenig gewürdigt werden, weil die ausflügelerselblichen Anlieger die schönen Uferwege fast ganz gesperrt haben. Für den fargen Blick auf die einsame Schönheit der Seen entschädigt uns der schnell immer prächtiger werdende Wald mit Rassen von selten hohem Blaubeertraut. Hinter Forsthaus Ulei bis zum Oder-Spre-kanal hat man es leicht, die „Besänge“ abzuhängen. Die sehr schöne Tour noch weiter hinauf bis zu den Spreewiesen und den Allput-Kolonien Hohenbinde, Burg, Sägerschilde, Steinforth, Freientreit, Wilhelmsove, Stöckchen, Sieverslake (Quartier hier kaum erhältlich!) oder gar noch darüber hinaus bis zur Fürstenwalder Bahnlinie ist aber nur etwas für ganz rüstige Fußgänger und für eine Zwölftagefahrt.

Um nicht vom Forsthaus Ulei den gleichen Weg nach Wusterhausen zurückzulegen, empfiehlt sich links ab der gerade Waldweg nach Sportshaus Jiegenhals am Krossinet See (1 1/2 Stunden), dann Ueberlegen nach Rauchfangswerder, von dort nach Zeuthen. Die Gesamtstrecke von Wusterhausen über Ulei bis nach Jiegenhals ist bequem in fünf Stunden zu bewältigen.

Höhere Mieten ab 1. August oder 1. Oktober.

Nicht angenommene Vierteljahrmieten.

Der städtische Nachrichtendienst hat vor kurzem eine Erklärung veröffentlicht, die in dem wichtigsten Punkte, von welchem Tage ab nach dem Reichsmietengesetz eine höhere Miete gezahlt werden muß, nicht völlig klar ist, und in Verbindung mit der durch den ersten Vorsitzenden des Mietenausschusses der Stadt Berlin ganz überflüssigerweise erfolgten generellen Genehmigung zu Kündigungen zwecks Mietsteigerung sogar heillos Verwirrung angerichtet hat. In dieser amtlichen Erklärung heißt es: „Zit der Mietzins nach Monaten bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig, und zwar muß sie spätestens am 15. des Monats erfolgen. In allen übrigen Fällen ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig, und zwar hat sie spätestens am dritten Werktag des Monats zu erfolgen. Vermieter und Mieter sind also nach dem 30. Juni 1922 ohne Rücksicht darauf, ob und für welchen Zeitraum der Mietvertrag läuft, in der Lage, ohne Mitwirkung des Mietenausschusses von dem nächsten Termin ab, für den die Kündigung nach § 565 BGB. zulässig sein würde, in den meisten Fällen also vom 1. August 1922 oder vom 1. Oktober 1922 ab, die gesetzliche Miete in Wirksamkeit treten zu lassen.“ Zunächst gibt es „Kündigungen“ zum Zwecke der Mietsteigerung nicht. Vielmehr ist die im Mietvertrage festgelegte Kündigungsfrist nur die Zeitgrenze zu der den Vermietern und Mietern gleichmäßig überlassenen freien Erklärung, ob an Stelle der bisherigen Miete die gesetzliche Miete beantragt wird. Der § 565 BGB. lautet in dem maßgebenden Absatz: „Bei Grundstücken ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig; sie hat spätestens am fünfzehnten des Monats zu erfolgen. Ist der Mietzins nach Wochen bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß einer Kalenderwoche zulässig; sie hat spätestens am ersten Werktag der Woche zu erfolgen.“

Unklarheit besteht nun in allerersten Kreisen darüber, ob und wann die vierteljährliche oder die monatliche „Bemessung“ des Mietzinses zur Anwendung kommt. Der Ausdruck „Bemessung“ ist genau so unglücklich wie der erledigte Ausdruck „Jeweils“. In den meisten Mietverträgen ist an ihrem Kopfe für einen längeren Zeitraum als einen Monat die monatliche Miete genannt und monatlich oder vierteljährliche Zahlung vereinbart. In anderen Verträgen ist der Jahres- oder Halbjahresbetrag genannt und bei der Zahlungswiese der monatliche oder vierteljährliche Betrag. Die Hausbesitzer verstehen sich nun, um so schnell wie möglich, also am besten schon am 1. August, die höhere Miete zu erhalten, darauf, daß in den Verträgen an irgendeiner Stelle der Monatsbetrag „genannt“ ist. Alle Kommentare zum Bürgerlichen Gesetzbuch lassen aber keinen Zweifel darüber, daß nach § 565 nur die vierteljährliche Kündigung zulässig ist, mit der einzigen Ausnahme der Fälle, in denen der Mietzins nach Monaten oder Wochen bemessen ist, weil eben der Vertrag auf eine geringere Zeit als ein Vierteljahr abgeschlossen wurde. Die maßgebenden Behörden (aber nicht das anscheinend sehr rechtsunsichere und besangene Berliner Generalamt) werden noch vor dem 1. August eine klare Auskunft zu geben haben, ob man zugunsten der Hausbesitzer die unzweifelnde Bestimmung des § 565 wirklich in der Gegenwart verstehen will. Zahlreiche Hauswirte haben schon jetzt, nur weil im Mietvertrag ein Monatsbetrag genannt ist, den Mietern schriftlich angekündigt, daß sie bereits am 1. August die höhere Miete verlangen. Das erscheint ganz ungesetzlich.

Berliner Hausbesitzer haben auch folgende angeordnet: Sie lehnten mit einem Male die Annahme der Vierteljahrmiete trotz vertraglicher Vereinbarung ab und nahmen nur den Monatsbetrag, um auf diese Weise künstlich eine monatliche Zahlung zu konstruieren. Das ist natürlich glatter Unsinn, aber es beweist wieder einmal einen neuen geldfahnden Weg, um die Mieter zu verdrängen. Wer früher entgegen dem Vertrage nicht vierteljährlich zahlte, hatte mit der Kündigungsfrist zu rechnen. Jetzt aber treten diese Hauswirte von einer für ihre Taten bisher günstigen Vertragsvereinbarung freiwillig und einseitig zurück.

Rathenau-Fest in einem Neuköllner Lyzeum.

Aus der Rede eines geliebten jüdischen Schuldirektors.

Liebe Kinder! Ihr könnt Euch wohl denken, warum ich hier versammelt seid. Die Behörde hat den Akehl gegeben, die Trauerfeier für den ermordeten Minister abzuhalten. Ich muß gestehen — ich sage dies offen heraus, denn ich kann nicht heucheln — daß es mir schwer fällt, mit Euch darüber zu sprechen. Die Ermordung ist nun mal von politischen Dingen nicht zu trennen. Politik aber gehört nicht in die Schule! Ihr seid zu klein, um etwas davon zu verstehen; und auch die wenigsten Erwachsenen verstehen etwas davon.

Ich will also vom Politischen nichts reden, die Sache hat aber auch eine menschliche Seite! Vom menschlichen Standpunkt aus ist dieser Mord wie jeder Mord zu verurteilen. Alle Parteien haben zugestanden, daß Rathenau ein Mensch war, der des Mordes gewaltig ist, so wie er es eben einmal aufgefacht hat. Vor allen Dingen ist die Familie zu beklagen, die einen solchen Verlust erlitten hat. Unerbötlich aber ist es, wenn die Ermordung von Parteien ausgeht, wie es hier der Fall ist, und die deutsche Volk zu lädnen, das doch endlich Ruhe nötig hat. Dies Geheß gewisser Parteien ist um so unerhörter und unverantwortlicher, als man bis jetzt von Einzelheiten des Mordes nichts weiß; wie es noch nicht einmal feststeht, daß es ein politischer Mord gewesen ist. Wenn es ein politischer Mord sein sollte, so trägt nur das Ausland die Schuld; denn der Mordgedanke ist entstanden aus der Verzweiflung über das Unglück des Vaterlandes. Ich wiederhole noch einmal: den Mord als solchen wird doch jeder anständige Mensch verurteilen; aber ebenso wird es auch jeder anständige Mensch verurteilen, den Mord politischen Parteien zur Last zu legen. — Ueber das Leben Rathenaus kann ich Euch nichts sagen, denn ich weiß nichts davon. Ich habe erst vor 2 Stunden den Befehl der Behörde bekommen, halte also keine Zeit, mich zu orientieren."

Das Attentat in der Philharmonie.

Der Haß der russischen Rechtsparteien gegen Miljukow. Nach Eröffnung der Sitzung in dem Prozeß gegen die des Mordes usw. angeklagten ehemaligen russischen Offiziere von Schabestki, Bark und Laborski wurde die Beweisaufnahme fortgesetzt und als Sachverständiger für Schusswaffen usw. der Büchsenmachermeister Bock vernommen, der sich über die Herkunft der in der Leiche des erschossenen Rasolow gefundenen Geschosse äußerte.

Landgerichtsrat Dr. Bömer, der als Untersuchungsrichter die Voruntersuchung in dieser Sache geführt hat, bezeugt, daß beide Anklagten die Tat so geschildert hätten, wie sie seinerzeit in ganz vorläufiger, teilweise verdammteter Form von ihnen zu Protokoll gegeben sei. Beide hätten damals ein offenes Geständnis abgelegt und es sei ihm, Zeugen, völlig klar, daß die Angeklagten jetzt plötzlich mit der Behauptung hervorgetreten, sie hätten den Vorfall zur Lösung nur „eventuell“ gehabt. Zu einer hochpolitischen Debatte kam es bei der Vernehmung des ehemaligen russischen Dumamitgliedes Pöcker, das seinerzeit in der Duma anwesend war, als Miljukow seine Rede hielt, die ihm den Haß der russischen Rechtsparteien bzw. der beiden Angeklagten eingetragen hätte. Der Zeuge schilderte, daß Miljukow, nachdem schon vorher linksradikale Parteien ähnliche Behauptungen aufgestellt hätten, zum erstenmal als Mitglied einer sog. Staats-erhaltenden Partei, der Rodetenpartei, die Behauptung aufstellte, daß die junge Zarin als heilige Fürstentochter den Kreisen sehr nahe stände, die einen Separatfrieden zwischen Deutschland und Rußland anstrebten. Miljukow nahm dabei Bezug auf einen Artikel der „Frankfurter Zeitung“. Eine direkte Anklage gegen die Zarenfamilie sei in der Rede Miljukows nicht enthalten gewesen, sondern erst später sei derselbe ganz offen mit derartigen Behauptungen hervorgetreten. Die Rede Miljukows sei später in Tausenden von Exemplaren gedruckt und gegen das Verbot im Volke und in der Armee verbreitet. — Im Anschluß an diese Zeugnisaussage kam es zu langen politischen Debatten, an denen sich die R.-A. Dr. Sad und Dr. Andersen als Verteidiger der Angeklagten einerseits und die R.-A. Wolfgang Heine und Haas-Karlson als Vertreter der Rodetenpartei andererseits beteiligten. — Mehrere andere Zeugen wurden wieder über die einzelnen Vorgänge in der Philharmonie vernommen. Die Verhandlung dürfte heute in später Abendstunde zu Ende gehen.

Parteiveranstaltungen.

Die Einäscherung des verstorbenen Genossen Ernst Däumig findet am Sonntag, den 8. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Die Trauerfeier und Beisetzung der Urne mit den Aschenresten des Genossen Däumig ist am Mittwoch, den 12. Juli 1922, abends 6 Uhr auf dem Friedhofe der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee 15/17. Die Ordner und Deputationen treffen sich um 5 1/2 Uhr im Kasino des Ledigenheims, Pappelallee 15/17.

Die Proletarischen Feiern im Großen Schauspielhaus am Sonntag, den 9. Juli, fallen aus. Die bereits gelösten Karten gelten für die nächste Feiernstunde, deren Termin rechtzeitig bekanntgemacht wird.

Sprech-Chor. Die Übungsstunde am Sonnabend fällt aus. Zur nächsten Übungsstunde wird durch die Zeitung eingeladen. Arbeiter-Bildungsschule.

Gas für Minderbemittelte.

In der Städtischen Ratsversammlung vom 3. Juli wurde ein Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion angenommen, der den Magistrat ersucht, endlich der von uns etwa im Mai gegebenen Anregung Folge zu leisten und nach dem Vorbild anderer Städte für minderbemittelte Sozialrentner usw. eine bestimmte Gasmenge zu billigerem Preise abzugeben.

Treue Republikaner.

In der „Freiheit“ vom 1. Juli weisen wir in einem Bericht über die Bezirksversammlung Treptow auf den Widerspruch zwischen der Abstimmung des deutschen Volksparteitellers Specht in der Bezirksversammlung und in der Städtischen Ratsversammlung hin. Herr Specht hat uns erneut, festzustellen, daß er und seine Fraktion, auch im Berliner Rathaus, dem Antrag auf Einführung republikanischer Pläne nicht widersprochen habe. Wir stellen das fest. Daß die Volksparteiler dadurch allerdings Republikaner geworden sind, glauben sie ja wohl selber nicht.

Berliner Lokalkronik. In der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr wurden Beamte der Hindenburgwache nach der Gastwirtschaft im Hause Wiener Straße 48 gerufen, wo der Wirt Robert Henrich von dem 24 Jahre alten Arbeiter Spremberg aus der Brangelstraße im Verlauf eines Streites mit einem Kasser angegriffen und durch einen Stich in die Brust erheblich verletzt. Henrich wurde in seiner Wohnung unter ärztlicher Behandlung verbleiben. Er hat bereits einen Antrag gegen den Täter gestellt. — Gegen 10 1/2 Uhr nachts alarmierte man die Brunnenswache nach der Gabelstraße 6. Hier hatte der 41 Jahre alte Zimmermeister Robert Ritter seine Wirtin, die 38 Jahre alte Schatz, im Verlauf eines Streites mit einem Dack angegriffen und sie durch einen Stich in den Rücken schwer verletzt. Während man die Bewusstlosen nach dem Wund-Krankenhaus brachte, wurde der Täter der Kriminalpolizei übergeben. — Der 33 Jahre alte Werkmeister Edwin B. aus der Demminer Straße wurde nach der scheinbar tödlichen Verletzung, weil er sich in der Schankwirtschaft von Leonard Niet in der Berlinstraße 41 als Kriminalbeamter ausgab, von dem 37 Jahre alten Schlichter Johann A. aus der Schulze Straße der Humboldtstraße angegriffen, weil er sich im Humboldtheim den Patienten gegenüber als Kriminalbeamter ausgab. — Ein Kreis als Stillschließungsverbrecher. Der 67 Jahre alte Zimmermann Gustav G., der in der Strakmannstraße bei seinem Sohn wohnt, wurde gestern nachmittags auf Veranlassung seines Sohnes durch die Kriminalpolizei festgenommen, weil er sich wiederholt an seiner Enkeltochter, der noch nicht 15jährigen Paula G., vergangen hatte. — Töchterer Unfall. Der 17 Jahre alte Rabfahrer Kurt Bergmann wurde gestern abend von einem Kraftomnibus der Linie E in der Kleiststraße überfahren und auf der Stelle getötet. Die Schuld soll ihn selbst treffen.

Gewerkschaftliches

Nachklänge zum Protest-Streik.

Technisch wie bei der republikanischen Kundgebung anlässlich des Mordes an Erzberger haben auch jetzt bei dem Mord an Rathenau nicht nur Privatunternehmer, sondern auch einzelne staatliche Beamte die unverkennbare propagandistische Färbung besessen, das Personal, das selektiert oder feiert wurde, nicht nur daran zu hindern, sondern sich auch zu erlauben, den republikanischen Gedanken zu schänden und dem teutonischen Nordwestengestirb Vorstoß zu leisten.

Sowohl bei der Beerdigung von Rathenau als auch bei der Aienfendendemonstration am Dienstag haben die Großbanken ihren vollen Betrieb aufrechterhalten und damit dokumentiert, daß ihnen an der Staatsform nicht nur nichts liegt, sondern daß das Finanzkapital den reaktionären Mörderpartei in Deutschland sehr nahe steht. Da jene Kreise, aus denen die Desperados stammen, finanziell gut fundiert sind, wäre es ebenso wichtig wie interessant zu erfahren, inwieweit auch die geldliche Unterstützung der Banken ging. Unserer Meinung nach müßte die Staatsanwaltschaft im Verein mit der politischen Untersuchungsbehörde diesen Dingen nachgehen und die Geldgeber und Empfänger einer näheren Befichtigung unterziehen. Ebenso erscheint es notwendig, will man den politischen Banditen in Deutschland auf die Spur kommen, alle Konten nachzuprüfen und sich die Konteninhaber etwas näher anzusehen. Die Banken sind heute der Hort der Reaktion. Hinzu kommt, daß sich in der letzten Zeit in erschreckendem Maße abgeteilte Vandalen in den Banken einquartieren. Da diese Leute von der beruflichen Gehaltsklasse unangehörig sind und nur bessere Botendienste zu verrichten in der Lage sind, so fragt es sich, welchen Zweck es für die Banken hat, ihren Personalstab mit solchen unnützen und unproduktiven Ausgaben zu besetzen? Hier liegen gewisse Zusammenhänge vor, auf die wir die weiteste Öffentlichkeit aufmerksam machen.

Diese Gefahr ist um so größer, als leider das Gros der Bankangestellten sich in einem gewerkschaftspolitischen Embryonalzustand befindet und weder die Kraft noch das genügende Verständnis hat, jenen dunklen Kräften energisch gegenüberzutreten, jegliche Gefahr abzuwenden und ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. Intenstivste gewerkschaftliche Arbeit tut hier bitter notwendig.

Eine ähnliche politische Lumperei erlaubten sich die „Deutschen Werke“, ein gewerkschaftspolitisch betrieb, der die ehemaligen Heereswerkstätten betreiben und deren Aktien sich im Besitz des Reiches befinden. Am 27. Juni wurde folgende Hausmitteilung“ angehängt:

„Die Gewerkschaften haben anlässlich der Ermordung des Ministers Rathenau zu einer Demonstration heute mittags 12 Uhr aufgerufen. Derjenigen Angehörigen, die an der Veranstaltung für Minister Rathenau teilnehmen, kann die verächtliche Arbeitszeit nicht vergütet werden. Eine Schließung des Betriebes erfolgt nicht.“
Deutsche Werke, Aktiengesellschaft.
gez. Hansen, gez. Rehbbers.

Am 3. Juli prangte wieder folgende „Befaninmachung“:
„Zeitungsnotizen zufolge soll am Dienstag, den 4. Juli 1922, nachmittags zwischen 1—6 Uhr eine politische Kundgebung stattfinden. Unsere Stellungnahme hierzu ist die gleiche wie bei ähnlichen früheren Kundgebungen. Um jeden Zweifel auszuschließen, weisen wir nochmals darauf hin, daß die verächtliche Arbeitszeit nicht bezahlt werden kann. Der Betrieb wird nicht geschlossen. — Einige sehr bedauerliche Vorkommnisse geben uns Anlaß, an unsere Angestellten die erste Mahnung zu richten, sich jeder politischen Agitation während der Geschäftszeit im Betriebe zu enthalten.“
gez. Kunze, gez. Funke.

Während am 1. Demonstrationstage circa 800 Angestellte demonstrierten für den Bestand der Republik, läßt die zweite propagandistische Kundmachung die Wirkung aus, daß nur etwa — 20 Angestellte den Mut fanden, zu feiern. Zudem mußte jeder Demonstrant sich beim Verlassen des Betriebes in eine beim Pfortner ausliegende Liste eintragen, trotzdem er von seinem Abteilungsleiter der Personalabteilung sowieso als feindlich gemeldet werden mußte! — Um sich nach außen hin angelegentliches Standhalten zu verhalten, wurde nach folgender Erguß vom Stapel gelassen:

„Von aufsehender Seite werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß unsere gefristete Befaninmachung von einzelnen so ausgelegt worden sei, als ob wir diejenigen unserer Angestellten und Arbeiter entlassen wollten, welche sich an der für heute beabsichtigten Kundgebung beteiligten. Eine solche Absicht besteht nicht und hat niemals bestanden.“
Wir stellen hiermit ausdrücklich fest, daß es jedem unbenommen ist, heute zum Schutze der Republik zu demonstrieren. Die Frage des Ausgleichs für die verächtliche Arbeitszeit wird in derselben Weise geregelt werden, wie sie bei den anderen privatwirtschaftlichen Unternehmungen der Berliner Metallindustrie erfolgt.“
Berlin, den 4. Juli 1922.
Deutsche Werke, Aktiengesellschaft
gez. Weining, gez. Kunze.

Für die Richtigkeit der Abschrift:
gez. Feik.

Diese Befaninmachung gelangte aber erst zur Kenntnis der Angestellten, nachdem die Demonstration bereits zum Teil beendet war. — Es ist ein unerhörter Skandal, daß in einem im Besitz des Reiches sich befindlichen Betriebe eine solche hahnbüchene politische Brunnenswache getrieben wird. Man kann sich in Deutschland vor Nordwesten nicht retten, das ganze arbeitende Volk steht auf wie ein Mann, um diese Gefahr abzuwenden, die unser aller Existenz bedroht, die Regierung erklärt sogar, daß der Feind rechts steht, und hier wagt es ein indirekter Reichsbetrieb, sich eine derartige Provokation zu leisten!

Aber es kommt noch besser.
Die Reichspostverwaltung hat am Tage der Beilegung des ermordeten Reichsministers Dr. Rathenau eine Verkehrsruhe von 10 Minuten angeordnet.

Der Leiter des Berliner Fernsprechnetzes Morthalsch benutzte aber diese 10 Minuten Pause zu einer — Feuerlöscherprobe. Unerschämter und frecher ist wohl selten von einem Beamten, der das Geld der Republik nimmt, den Anordnungen der republikanischen Reichsregierung Folge geleistet worden. Werden die verstaatlichten Beamten im Reichspostministerium diesmal auch den deutschen Nationalen Mantel der Liebe über die Leiter der nachgeordneten Dienststellen bedecken oder wird Herr Giesberts diesmal wenigstens zur Tat schreiten?

Zunächst werden die einzelnen Minister als Veranlassung haben, hier nachdrücklich und schärfendst Remedur zu schaffen, die wir hofentlich erhoffen. Außerdem hat außerdem die Arbeiter- und Anwaltschaft die Pflicht, äußerste Wachsamkeit zu üben und dafür zu sorgen, daß jedem reaktionären Handlanger das Handwerk gelegt wird, und zwar so gründlich, daß jede Gefahr abgemeldet wird.

Einigkeit und Geschlossenheit ist jetzt nötiger denn je. Alle untergeordneten Differenzen haben jetzt keine Dankschuld. Es gilt den Boden zu verteidigen, der uns die beste Gewähr für den Aufstieg des Proletariats bietet. Sei sich dessen jeder bewußt und handle danach, dann wird den deutschen Dunkelmännern nur zu bald das Handwerk gelegt werden.

Zum Buchdruckerstreik.

Der Vorstand des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer teil mit:

„Die „Bereinigten“ Buchdrucker- und Zeitungsoverleger Berlins halten es für notwendig, sich in einer an den Reichslogen erscheinenden langatmigen Erklärung an die Öffentlichkeit wenden zu müssen. Es verlohnt sich, einmal auf den Kern der Ursachen des Streiks einzugehen. Was zunächst den „Tarifstreik“ bei der Firma Scherl betrifft, so ist darüber an anderer Stelle, wo keine „irreführenden“ Mitteilungen möglich sind, gesprochen worden. Wir möchten aber einmal den Herren Buchdrucker- und Zeitungsoverlegern die Frage vorlegen, ob nicht auch in ihren eigenen Reihen schon wiederholt Tarifstreiks begangen worden sind? Erinnert sei nur an die weitverzweigte Sabotage der Prinzipale gegenüber Beschlüssen des Tarifrats der deutschen Buchdrucker aus jüngster Zeit. In einer ganzen Reihe sprechender Städte hatten sich die Buchdrucker- und Zeitungsoverlegern den vorstehend genannten Beschlüssen nicht gefügt. Da waren es in erster Linie die Gehilfen, die durch wochenlange Arbeitseinstellung in den Betrieben der Mitglieder des Prinzipalvereins den Beschlüssen der von denselben selbst gewählten Vertreter Geltung verschaffen mußten.“

Zu den Forderungen der Rotationsmaschinenmeister ist gegenüber der einseitigen Darstellung an den Reichslogen festzustellen und wird auch nicht bestritten werden können, daß diese Forderungen schon vor nunmehr 13 Wochen gestellt wurden und seitens der Prinzipale eine gewisse Berichtigung derselben anerkannt worden ist. Nur hielt man es für richtig, bei dem sonst so oft platonisch betonten sozialen Verständnis die Verhandlungen hierüber von Woche zu Woche hinzuziehen.

Ebenso ist es mit den Forderungen der Besamigehilfen. Bei den letzten Vorkündigungen der Buchdrucker wurde vom Tarifauschuß der deutschen Buchdrucker beschloffen, daß dieselbe zu neuen Verhandlungen noch vor dem 1. Juli zusammenzutreten sollte, wenn die Preisverhältnisse auf dem Lebensmittelmärkte bis dahin nochweisbar gestiegen sein sollten. Wer bestritten will, daß diese Bedingung zu dem genannten Termin gegeben war, würde das wider besseres Wissen behaupten. Die Berliner Prinzipale erkannten die Forderungen der Gehilfen an, erklärten sich auch zu Verhandlungen bereit und setzten sich dafür ein, den paritätisch zusammengewählten Tarifauschuß, der über Lohnerhöhungen zu beschließen hat, zu Sonnabend, dem 1. Juli, zusammenzubekommen. Die telegraphischen Einladungen hierzu waren bereits geschrieben. Da erobert der in Leipzig wohnende Vorsitzende des Deutschen Buchdruckervereins (Zentralvereinigung sämtlicher deutscher Buchdrucker- und Zeitungsoverlegern), Dr. Petersmann, Einspruch, und sofort fügten sich die Berliner Prinzipale mit dem Vorwand, daß erst die Arbeit bei der Firma Scherl wieder aufgenommen werden müßte, eine Forderung, von deren Ablehnung sie von vornherein überzeugt waren.

Die Buchdrucker Berlins sind sich stets der Verantwortung, die sie als Hersteller der Zeitungen der Öffentlichkeit gegenüber besitzen, bewußt. Das ist schon dadurch bewiesen, daß sie seit 1890, abgesehen von kleineren Arbeitseinstellungen, nie zu einem Streik gekommen sind. Am so mehr alsdann sie aber auf die Sympathie weitzer Kreise der Berliner Bevölkerung bei der letzten Lohnbewegung rechnen zu können, zumal sie mit ihrem jetzigen Stundenlohn von 22,70 Mark gegenüber den Löhnen anderer Berufs, die Stundenlöhne bis zu 38 Mark zu verzeichnen haben, bei den von ihnen geforderten Allgemeinrenten und technischen Fertigkeiten nicht in der Lage sind, sich auch nur in bescheidenem Maße bei den heuligen Lebensverhältnissen mit ihren Familien durchs Leben zu schlagen.“

Zum Streik bei Scherl.

Am Donnerstagnachmittag fand sich das ausländische Personal der Firma Aug. Scherl in den Arminhallen wieder zu einer Betriebsversammlung zusammen. Nach einem Situationsbericht wurde in die Diskussion eingetreten und zwei Anträge behandelt. Der eine wolle den Beschluß der Buchdruckergeneralversammlung betr. Erschließen der Arbeiterpresse wieder aufnehmen (1). Dieser wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Der zweite Antrag bestand in folgender Resolution:

„Das am 6. Juli in den Arminhallen versammelte, im Streik befindliche technische Personal der Firma Aug. Scherl fordert die im Streik befindlichen graphischen Arbeiter Groß-Berlins auf, auch ferner so geschlossen wie bisher den berechtigten Kampf weiterzuführen. Die Versammlung verlangt von der am Freitag stattfindenden Buchdruckergeneralversammlung einen voll. Antrag, die Reichsdruckerei wieder in Betrieb zu setzen, abzuweisen.“

Diese Resolution wurde von der gedrängt gefüllten Versammlung einstimmig angenommen. — Ferner wurde unter Entrichtung der ganzen Versammlung davon Kenntnis genommen, daß 12 Kollegen durch die Geschäftsleitung stilllos entlassen wurden. Hier zeigt sich der reaktionäre Charakter der Leitung des Berliner Lokal-Anzeigers“ unverkennbar; denn diese 12 Kollegen sind durchweg Funktionäre der Belegschaft, die sich durch gewissenhafte Ausübung ihrer Funktion nach Meinung der Geschäftsleitung unbeliebt gemacht haben. Durch diese Resolution erzieht die Geschäftsleitung allerdings das Gegenteil von dem, was sie wollte und erneute Kampfesstimmung war die Folge. Zur Sprache kam noch der Anschlag der Buchdrucker, von dem schon oben die Rede ist. Nur soviel wurde festgestellt: Das Personal hat niemals in irgendeiner Form der Verbandsleitung des Vertrauens ausgesprochen, sondern lediglich über taktische Fragen gab es Meinungsverschiedenheiten. Diese sind aber auch durch den Eintritt der gesamten Buchdrucker in den Streik erledigt.

An alle Transportarbeiter im Graphischen Gewerbe. Durch den Streik der Buchdrucker in den Berliner Druckereien und den Streik der Buchbinder in den Buchbindereien und Briefumschlagfabriken sind ein Teil Transportarbeiter ausgeperrt worden. Diese Kollegen melden sich bei der Streikleitung des Betriebes, in dem sie ausgeperrt sind, zur Kontrolle und lassen sich dort die Ausperrung der Streikteilnehmer bescheinigen und nehmen auch an der Streikkontrolle des Betriebes teil. Da, wo eine Ausperrung nicht erfolgt ist, bleiben die Kollegen in den Betrieben. Weitere Nachrichten erfolgen unter „Gewerkschaftliches“ und bitten wir, dieselben zu beachten. — Deutscher Transportarbeiterverband.

Streik der Buchbinder und Papierarbeiter. In den Betrieben der Buchbinder, Geschäftsbücher- und Briefumschlagfabriken wird seit heute früh gestreikt. Die zentralen Verhandlungen in Würzburg führten zu keinem Ergebnis. Die Unternehmer erklärten, Lohnzulagen für den Monat Juli noch nicht gewähren zu können, da feststehend noch nicht festgestellt, daß eine Teuerung überhaupt eingetreten sei. In überfüllten Versammlungen in den Kammerräumen, Teltower Straße, welche am Montag, den 3. Juli, um 12 Uhr vormittags, und am Dienstag, den 4. Juli, um 11 Uhr vormittags, stattfanden, wurde einmütig der Streik beschlossen. Solidarität wird gefordert! Streikbrecher darf es nicht geben!

Am Freitag, den 7. Juli, vormittags 10 Uhr, findet in der „Neuen Welt“, Hasenheide, eine Versammlung aller freitenden Kolleginnen und Kollegen der „Api“-Betriebe statt. Es haben hierzu also zu erscheinen: die Kollegenschaft der reinen Buchbindereien, der Briefumschlagbetriebe und der Geschäftsbücherfabriken, soweit diese dem „Api“ angehörend. Geschlossener Aufmarsch wird erwartet. Am Freitag, den 7. Juli, nachmittags 4 Uhr, findet in den Zentral-Bekläfen, Alte Jakobstr. 32, eine Versammlung aller ausgeperrten in den Buchdruckerbetrieben statt. In den Buchdruckerbetrieben stehen die Mitglieder unseres Verbandes nicht im Streik. Soweit die Belegschaften in den Buchdruckerbetrieben ausgeperrt oder ausgeschoben sind, haben sie vollständig in der Versammlung zu erscheinen. Weitere Benachrichtigung über eine gemeinsame Versammlung folgt noch. — Die Streikleitung.

Freitag, den 7. Juli 1922.

Zentralverband der Metallarbeiter und Feiler. Abends 8 Uhr, in der Schule...

Freitag, den 7. Juli 1922.

Pressekommission: Sonnabend, den 8. Juli, abends 5 Uhr Sitzung...

Möbelbillig. Dar: Teilzahlung. Weis, Schell, Spiel, Kaminmöbel, sowie...

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 83/85...

Metallarbeiter Spandau. Freitag, den 7. Juli, abends 8 Uhr, in den „Germania-Häusern“ (Spandau)...

Verammlung aller Kolleginnen und Kollegen, die im DMBB organisiert sind.

Während der Ferien 8. u. 9. Juli in der Zeit vom 22. Juli bis 1. September 1922 werden...

Diendstoffe im Meissel / Voile in allen Größen / in Coococois u. Cabordine / Macro-Serien...

Shuhfabrikation. Tüchtiger Meister zur selbständigen Leitung eines...

Einzelne Möbelstücke. Kleiner Tisch, Stuhl, Sessel, Bett, etc.

Reaktion. befallungsreich gemäßigter Genosse (Lehrer) nicht Darlehen zum Rückzug...

Korbmöbel. In Garten, Balkon, Wohnz. mod. u. dauerhafter Aust. Korbessell...

5. Verwaltungsrat, 17. Mittel. 7 1/2 Uhr bei Wittichs, Petersburgerstr. 3...

Sonnabend, den 8. Juli 1922. Arbeiter-Kabarett-Verein Groß-Berlin, Abends 8 Uhr, Läden, Sonntag...

20. Verwaltungsrat Reinickendorf, Ziegel, Bernsdorf, Wittenau. Abends 6 Uhr...

„Arbeiter-Sport“ Wochenschrift zur Förderung der Sportbewegung in Arbeiterkreisen. Publikationsorgan des Kartell-Verbandes...

Möbelfabrik Rob. Seelisch. Berlin O 112, Rigler Str. 71-73 a, 5 Min. vom Hbf. Frankfurter Allee...

Geschlechtskranke. Syphilis, Männerschwäche, Frauenleiden. Hartnäckige veraltete Aussüsse finden schnelle Hilfe...

Phorosanos neues deutsches Reichspatent. Tausende, auch die schwersten Fälle, die anderweitig jahrelang ohne Erfolg behandelt waren...

Wegen Räumung meines Lagers verkaufe ich zu spottbilligen Preisen braune Damenhalbschuhe...

Heilanstalt für inn. u. aus. Krankheiten, Nervosität, Mag.- u. Verdauungschwäche, Mattigkeit, Angstgefühl...

Wir suchen: Eine 1. Kaffierin für die Hauptkaffe, eine tücht. Stenotypistin für das Bureau...

Hühneraugen. Hornhaut, Schwielen u. Warzen. Kukirol. Gegen Fußschweiß und Wundlaufen Kukirol = Fußbad!

Wegen Räumung meines Lagers verkaufe ich zu spottbilligen Preisen braune Damenhalbschuhe...

Möbel-Hasemann. Aufgestellt in vier Etagen 100 komplette Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer...

Gold Silber Platin. Zahngebisse. Erich Fuhrmann, Gotzkowskystr. 13.

Allgem. Ortstrantentasse für den Stadttreis Charlottenburg. Bekanntmachung.

Mit Wirkung vom 7. Juli 1922 ist durch das Reich über Beschäftigungspflicht in der...

Die Beschäftigungspflicht für die neuen Stufen werden bis zum nächsten Freitag:

Die Beschäftigungspflicht für die neuen Stufen werden bis zum nächsten Freitag:

Die Beschäftigungspflicht für die neuen Stufen werden bis zum nächsten Freitag:

Die Beschäftigungspflicht für die neuen Stufen werden bis zum nächsten Freitag:

Die Beschäftigungspflicht für die neuen Stufen werden bis zum nächsten Freitag:

Die Beschäftigungspflicht für die neuen Stufen werden bis zum nächsten Freitag:

Die Beschäftigungspflicht für die neuen Stufen werden bis zum nächsten Freitag:

Die Beschäftigungspflicht für die neuen Stufen werden bis zum nächsten Freitag:

Die Beschäftigungspflicht für die neuen Stufen werden bis zum nächsten Freitag:

Rückesichtslos herabgesetzt haben wir für viele Millionen Mark Waren! Beachten Sie unsere Saison-Ausverkauf-Fenster. Hier nur einige Beispiele: Konfektion, Damenartikel, Herrenartikel, Baumwollwaren, Wäschstoffe.

Scenenberg & Co. DAS BILLIGE KAUFHAUS DES NORDENS * „Inh.: Ury Gebrüder, Leipzig“ * SWINEMÜNDERSTR. 86 ECKE LORTZINGSTR.